

1	EU: Vom Friedensprojekt zum globalen Player?	12	Hintergründe zum Friedenskalender 2021 zu Kenia
5	Menschenrechtliches Nein zur Kündigungsinitiative	15	Kenia: Miteinander telefonieren statt Vieh stehlen
6	Nein zu Selbstzweck-Kampffjets am 27. September	20	Auftakt zur Konzernverantwortungsinitiative
8	Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative am 29. November	22	Die Bombe: 75 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Zur Verantwortung Europas / der Europäischen Union in der Welt

Vom Friedensprojekt zum globalen militärischen Player?

Europa muss Verantwortung übernehmen – aber wie? Immer öfter wird gefordert, dass Europa und insbesondere seine grössten und gewichtigsten Mitglieder wie Deutschland und Frankreich «mehr internationale Verantwortung übernehmen» müssten angesichts der zahlreichen Krisen einerseits und der politischen und ökonomischen Bedeutung andererseits. Gemeint ist fast immer, man müsse militärisch aufrücken und stärker präsent sein, um in Konflikten intervenieren zu können etc. Doch wäre dies eine verantwortliche Politik? Wie sahen die Ergebnisse solcher Versuche, «Verantwortung zu übernehmen», bisher aus? Und: Wie könnte eine wirkliche Übernahme von Verantwortung in der Welt aussehen?

/ Andreas Zumach /

Die Europäische Union und ihre Vorgängerinstitutionen seit 1951 (Montanunion, EWG, EG) sind Friedensprojekte! Ohne jede Einschränkung! Das war die feste Überzeugung der Generation meines Grossvaters und meines Vaters. Beide wurden in den Weltkriegen 1 und 2 gegen ihren Willen zwangsweise zum Militär eingezogen, mussten gegen die Franzosen kämpfen, wurden zum Glück schnell verwundet und gefangen

genommen. In den Jahrzehnten nach den beiden Weltkriegen verbrachten sie ihre Auslandsferien mit der Familie am liebsten in Frankreich.

Die grosse Verantwortung meiner und der nachfolgenden Generationen ist es, dafür zu sorgen, dass Deutsche, Franzosen und andere Europäer nicht künftig gemeinsam auf Dritte schiessen (gegen Dritte Krieg führen). Doch die historische Erzählung und die Selbstwahrnehmung der EU vom «Friedens-

projekt», das 2012 mit der Verleihung des Friedensnobelpreises in den Köpfen und Herzen vieler EuropäerInnen noch einmal bekräftigt wurde, verhindert selbst bei Friedensbewegten, Linken und Grünen nach wie vor die Wahrnehmung und kritische Analyse der Realitäten und den notwendigen politischen Widerspruch und Widerstand.

Zu dieser Selbstwahrnehmung trägt bei, dass Europa (EU plus Schweiz und andere Nicht-Mitglieder) nach den zwei von hier ausgehenden Weltkriegen in manch zivilisatorischer Hinsicht weiter ist als die anderen Kontinente: In Europa existieren die meisten Demokratien und die meisten teil- oder gesamtkontinentalen, auf Kooperation angelegten und an völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Normen orientierten Institutionen (neben der EU etwa der Europarat, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE, diverse Gerichtshöfe). Und zwischen den Mitgliedsstaaten entweder der EU oder des Europarats und der OSZE gibt es Hunderte von Verträgen, Abkommen und andere Vereinbarungen. Darunter Gewaltverzichtsabkommen, ein Rüstungskontrollvertrag und eine Menschenrechtskonvention, deren

Für eine **ECHTE** Europäische Armee



Fortsetzung Seite 2

Einhaltung alle BürgerInnen vor einem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof einklagen können.

Kein reines Friedensprojekt

Allerdings gelten all diese zivilisatorischen Errungenschaften im Wesentlichen nur nach innen, aber nicht gegenüber dem Rest der Welt ausserhalb der EU/Europas. Nimmt man den – in Friedensbewegung und -forschung schon lange gebräuchlichen – erweiterten, nicht nur auf militärische Mittel begrenzten Friedensbegriff zum Massstab, war die EU auch vor dem Ende des Kalten Krieges vor 30 Jahren schon längst kein reines Friedensprojekt mehr. In der Aussenwirtschafts- und Handelspolitik und bei dem Versuch, Länder des Südens zur Markttöffnung, Privatisierung, Deregulierung und anderen neoliberalen Konzepten zu nötigen, ging und geht die EU nicht weniger aggressiv vor

als die USA, Kanada, Japan oder andere Staaten der Nordens.

Ein Beispiel sind die sogenannten Europäischen Partnerschaftsabkommen (EPA) der EU mit einer Reihe nord- und westafrikanischer Staaten. Auch verhalten sich in der EU ansässige Konzerne bei ihren globalen Aktivitäten nicht sozialer, menschenrechtskonformer oder umweltfreundlicher als Konzerne aus anderen Staaten. Aktuell sabotiert die EU im UNO-Menschenrechtsrat in Genf die Bemühungen um ein Abkommen mit verbindlichen Menschenrechtsstandards für Unternehmen. All das Gesagte gilt auch für das Verhalten der Schweiz nach aussen, sei es im nationalen Alleingang oder im Verbund mit den EU-Staaten. Die Zeiten, da die EU als international führend galt bei der Bekämpfung der globalen Erwärmung, sind längst vorbei. Führend ist sie darüber hinaus inzwischen als der Welt zweitgrösster Rüstungsexporteur (27 Prozent) hinter den USA und vor Russland und China.

Gemeinsame militärische Instrumente

Seit dem Ende des Kalten Krieges militarisiert die EU zunehmend ihre 1992 beschlossene Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP). Nach dem Kosovo-Krieg 1999 wird eine EU-Eingreiftruppe geschaffen sowie eine Rüstungs- und Verteidigungsagentur. 2009 verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten im Vertrag von Lissabon, «ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern». In der 2016 vereinbarten «Globalstrategie» wird die Schaffung weiterer gemeinsamer militärischer Instrumente vereinbart, 2018 eine Permanente Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) im militärischen Bereich sowie die «regelmässige reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte». Zu den 47 bislang beschlossenen PESCO-Projekten gehören EU-Kampfhubschrauber und -Artillerie sowie bewaffnete EU-Drohnen.

Seit 2003 gab oder gibt es weiterhin 40 Auslandsmissionen der EU – die meisten davon in Afrika und auf dem Balkan. Davon sind zwar zwei Drittel zivil. Doch 80 Prozent des eingesetzten Personals sind Soldaten. Nicht wenige der 40 Auslandseinsätze – darunter jene am Horn von Afrika, im Tschad, Kongo, in Georgien und Libyen) dien(t)en zumindest indirekt auch der Sicherung von Ressourcen. Keine der militärischen Missionen hat ihr zu Beginn von der EU erklärtes Ziel einer nachhaltigen Befriedung und Stabilisierung der Einsatzländer/-regionen erfüllt.

Gemeinsames Rüstungsbudget

2019 beschloss die EU erstmals ein gemeinsames Rüstungsbudget, in dem für die Haushaltsplanung 2021–2027 über 13 Milliarden Euro budgetiert wurden. Für weitere 6,5 Milliarden Euro soll die militärische Infrastruktur in den Mitgliedsländern verbessert werden. Zugleich wurden Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und andere zivile Massnahmen gekürzt. Im Februar dieses Jahres lancierte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zudem die Idee einer eigenständigen atomaren Abschreckungskapazität der EU, unabhängig von den USA.

Gerechtfertigt wird die Militarisierung der EU von politischen Führungen in Brüssel, Berlin, Paris und anderen Hauptstädten mit der Behauptung, die EU habe eine «internationale Verantwortung» und müsse zur Wahrnehmung dieser Verantwortung ein «globaler Player» werden auf Augenhöhe mit anderen globalen Playern (USA, China, Russland). Dazu seien eigene militärische Instrumente und Fähigkeiten unerlässlich. Dazu gehört zumindest nach Meinung von Militärs und Sicherheitspolitikern der traditionellen Parteien in Europa (Konservative/Christdemokraten, Sozialdemokraten/Sozialisten, Liberale) auch eine eigenständige atomare Abschreckungskapazität für die EU. Entsprechende Forderungen werden in jüngster Zeit insbesondere in Deutschland und in Frankreich immer lauter. Sie werden begründet damit, dass seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump auf den Nuklerschirm der USA und ihre nukleare

Fortsetzung Seite 4

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Stefan Manser Egli, Julia und Magdalena Küng, Hanspeter Guggenbühl, Holger Hoffmann, Sylvia Furrer, Anne Jung, Hannah Locher, Marzhan Nurzhan, Sophie Helle, Ruedi Tobler, Andreas Zumach.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titel: Die Partei Saar; Seite 3: ACAT; Seite 9: Bündnis Kriegsgeschäfteteinitiative; Seite 15/16: Holger Hoffmann; Seite 18: Francine Perret; Seite 21: Konzernverantwortungsinitiative; Seite 25: Die Bombe; Seite 27: Sophie Helle; Seite 32: Friedenskalender 2021.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., September 2020

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen und regelmässiger Autor der **FRIEDENSZEITUNG**. Er lebt in Berlin.



Der Folterstaat Eritrea und die «Drei Affen»-Strategie der Schweiz

Am Donnerstag, 13. August 2020 übergeben VertreterInnen von Schweizer Menschenrechtsorganisationen zusammen mit Grünen-Präsident Balthasar Glättli der Bundeskanzlei eine Petition. Darin fordern 11'221 UnterzeichnerInnen eine menschliche Politik gegenüber Asylsuchenden aus Eritrea (siehe FRIEDENSZEITUNG Nr. 32 vom März).

Um halb zwei wird es still auf der Bundesterrasse. Die Anwesenden tragen nicht nur eine Mundmaske, sondern legen auch eine schwarze Maske über die Augen und halten sich mit den Händen die Ohren zu (siehe Bild). «Die Schweiz will die Menschenrechtsverletzungen im Folterstaat Eritrea und das Elend, das sie durch ihr Nothilfe-Regime verursacht, nicht sehen, nicht hören und keine ehrliche Debatte darüber führen», so Katleen De Beukeleer von der NGO ACAT-Schweiz, welche die Petition lanciert hat. «Unser Land verstösst gegen die UNO-Antifolterkonvention, indem es eine extrem harte, innenpolitisch motivierte Asylpraxis gegenüber Menschen aus Eritrea handhabt.»

Die UnterzeichnerInnen fordern von Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Vorsteherin des EJPD, eine – zumindest vorläufige – Aufnahme von Asylsuchenden aus Eritrea. Ausserdem soll die Schweiz im Dialog mit den eritreischen Behörden darauf hinwirken, dass sich die Menschenrechtsslage in diesem Land wesentlich verbessert. Solange es keine grundlegenden Verbesserungen gibt, sollen

keine Verhandlungen über ein Rücknahmeabkommen mit Eritrea stattfinden.

Bei der Petitionsübergabe sind viele Menschen anwesend, die selber mit den Folgen dieser menschenunwürdigen Asylpraxis leben müssen – entweder als weggewiesene Asylsuchende oder als Freiwillige, die tagtäglich unerträgliche Schicksale miterleben. «Jeder eritreische Asylsuchende hat eine schlimme Geschichte erlebt», betont Tedros Eyasu vom Eritrean Movement of Geneva. «Die Situation in Eritrea bleibt weiterhin entsetzlich.» Auch Grünen-Präsident Balthasar Glättli verlangt eine rasche und konsequente Änderung der Asylpolitik: «Wir Grünen fordern, dass sich der Bundesrat nicht immer wieder neue Wege ausdenkt, um den eritreischen Flüchtlingen das Leben schwer zu machen, sondern dass man ihnen den Schutz gewährt, den sie brauchen.»

Über vierzig Schweizer Organisationen, darunter der Schweizerische Friedensrat, tragen die Petition mit. «Es ist beschämend», so Katleen De Beukeleer, «dass unsere Organisation, die sich seit bald vierzig Jahren für die weltweite Abschaffung von Folter und Todesstrafe einsetzt, die Schweiz zur Einhaltung der Antifolterkonvention aufrufen muss.» Diese bestimmt, dass ein Vertragsstaat eine Person nicht in einen anderen Staat ausweisen, abschieben oder an diesen ausliefern darf, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass sie dort Gefahr laufe, gefoltert zu werden.

ACAT-Schweiz – www.acat.ch

Editorial

Vor wichtigen eidgenössischen Abstimmungen

Am kommenden 27. September stimmen wir unter anderem ab über die sogenannte Begrenzungsinitiative der SVP (besser Kündigungsinitiative der Personenfreizügigkeit genannt) sowie über die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen. Ebenfalls fest steht der Abstimmungstermin vom 29. November, an dem das Volk über die Konzernverantwortungsinitiative und das Kriegsgeschäfte-Volksbegehren entscheiden wird. Dem Coronavirus verdanken wir, dass über die Kündigungsinitiative sowie die Kampffjetbeschaffung statt im vergangenen Frühling erst in diesem Herbst entschieden wird.

Die vier Vorstösse und Vorlagen sind aus friedenspolitischer Sicht von zentraler Wichtigkeit, bei der Kündigungs- und Konzernverantwortungsinitiative spielen menschenrechtliche Überlegungen eine wichtige Rolle. Wir haben uns deshalb entschieden, in dieser Ausgabe einen argumentativen Schwerpunkt zu diesen Abstimmungen zu setzen. Nicht nur wegen der Parolenempfehlung an unsere Leserinnen und Leser, die wäre wohl nicht besonders wichtig, sondern vor allem als Aufforderung an alle, sich bei sämtlichen dieser Vorlagen zu engagieren. Über die Websites der jeweiligen Komitees kann vielfältiges Abstimmungsmaterial bestellt werden, seien dies Argumentenkataloge, Flyer, Inserate, aber auch Plakate und Fahnen. Die Konzernverantwortungsinitiative hat diesbezüglich eine Kampagne mit einem langen Vorlauf lanciert, deren Fahnen flattern jedenfalls seit einiger Zeit schon fast in jedem Dorf von Balkonen herab. Und es dürfen gerne mehr werden.

Weil die nächste Ausgabe der FRIEDENSZEITUNG erst nach dem 29. November erscheinen wird, haben wir in dieser Ausgabe sowohl die Konzernverantwortungsinitiative wie diejenige zum Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten thematisiert, die wir schon seit ihrer Lancierung unterstützen und deren Kampagne entweder bereits im Gange ist wie bei der Konzernverantwortungsinitiative oder sofort nach dem 27. September anlaufen wird. Genügend Zeit also in diesem Herbst, sich nach dem Corona-Unterbruch wieder politisch zu engagieren.

Bis zur nächsten Ausgabe hoffen wir, dass Sie auch hin und wieder mal auf unsere Website www.friedensrat.ch schauen, um sich über Aktuelles zu informieren.

Peter Weishaupt

Beistandsgarantie im Rahmen der NATO kein Verlass mehr sei.

Die EU muss wieder zum Friedensprojekt werden

Die Alternativen für eine zivile, nach aussen friedensfähige EU:

1) Oberste Priorität hat die Einstellung und Korrektur aller oben genannten Politiken, mit denen die EU derzeit Unfrieden, Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Ressourcenkonflikte im Rest der Welt befördert und verschärft:

- Rüstungsexporte,
- ungerechte bilaterale bzw. in der WTO durchgesetzte Handelsverträge,
- Dumping subventionierter Agrarexporte,
- Export von elektronischem und anderem Giftmüll.

2) Einstellung aller Massnahmen zur militärischen Aufrüstung der EU u.a.

- PESCO,
- Aufbau interventionsfähiger gemeinsamer Streitkräfte,
- Rüstungsprojekte.

3) Beendigung laufender, von der EU eigenmächtig beschlossener Militäreinsätze.

4) Verpflichtung, vorhandene Streitkräfte und militärische Kapazitäten der EU-Mitgliedsstaaten künftig nur noch einzusetzen im Rahmen von Missionen, für die ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates vorliegt.

5) Umschichtung der im EU-Haushalt vorgesehenen Mittel für militärische

Zusammenarbeit, Rüstungsprojekte etc. auf die Etats für zivile Instrumente zur Konfliktbearbeitung, Entwicklungszusammenarbeit u.ä. sowie deutliche Erhöhung dieser Etats.

6) Ein strategisches Langzeitprogramm für die nächsten 30 Jahre zur wirtschaftlichen und damit auch politischen Stabilisierung der Staaten im Krisenbogen zwischen Marokko und Afghanistan, weil sich nur so die Ursachen und der Nährboden für Gewaltkonflikte, gescheiterte Staaten, islamistisch gerechtfertigten Terrorismus sowie Fluchtbewegungen aus dieser Weltregion überwinden lassen. Bestandteil dieses Programms sollten u.a. sein

- Ausbildungsprogramme für in den Ländern des Krisenbogens dringend benötigte Fachkräfte auf Basis des in Deutschland, Österreich und der Schweiz praktizierten dualen Ausbildungssystems,
- Anreize (z.B. Steuernachlässe, Subventionen) für Unternehmen aus der EU, in Ländern des Krisenbogens nachhaltig zu investieren mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen.

7) Beendigung der Flüchtlingsabwehr mit militärischen und polizeilichen Mitteln (Frontex) im Mittelmeer und an anderen Aussengrenzen der EU. Stattdessen Entwicklung und Umsetzung einer Flüchtlings- und Migrationspolitik, die den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO von 1948 sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1953 entspricht. Das ist Ziel 10 der im Jahre 2015 von einem UNO-Gipfel beschlossenen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, zu deren Umsetzung bis spätestens 2030 sich auch alle EU-Mitgliedsstaaten bereits verpflichtet haben.

ell dringend erforderlich wäre ein Programm zur Minenbeseitigung in Syrien.

9) Aktive Diplomatie und Vermittlungsangebote für Konflikte ausserhalb Europas, in denen die EU oder einzelne ihrer Mitgliedsstaaten keine eigenen Interessen verfolgen. Besonders dringend wäre ein Angebot an China und Indien zur Vermittlung in dem gefährlich eskalierenden Konflikt zwischen den beiden Atomwaffenmächten um die Wasserressourcen aus dem Hochland von Tibet, in dem die neun grössten Flüsse Asiens entspringen. Ohne eine Deeskalation dieses Konflikts und seine kooperative Lösung droht mittelfristig ein Krieg, bei dem dann möglicherweise Atomwaffen eingesetzt werden.

10) Mit Blick auf Atomwaffen sollte die EU die folgenden Schritte unternehmen, um die eigene Sicherheit zu erhöhen, den zunehmend gefährdeten Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zu stärken und die Bestrebungen zur weltweiten Abschaffung dieser Massenvernichtungsmittel zu unterstützen:

- den Abzug der noch auf den Territorien von EU-Staaten (Deutschland, Belgien, Niederlande) gelagerten Atomwaffen der USA durchsetzen,
- Unterzeichnung des UNO-Abkommens zum Verbot von Atomwaffen durch alle EU-Mitgliedsstaaten,
- klare Absage an alle (derzeit vor allem von Frankreich beförderten, aber auch von deutschen Politikern unterstützten) Überlegungen für eine eigenständige atomare Abschreckung der EU,
- aktive Unterstützung für die bereits 2010 von der NPT-Überprüfungskonferenz geforderte UNO-Konferenz über eine A-, B-, C-waffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten, deren Durchführung bislang von Israel und den USA verhindert wird.

11) Deeskalation des Verhältnisses zu Russland; Beendigung der wirkungslosen und kontraproduktiven Sanktionen, die die Regierung Putin weder zur Aufgabe der 2014 völkerrechtswidrig annektierten Krim noch zur Einstellung der Unterstützung für die Aufständischen im Donbas bewegen konnten; Initiative der EU für eine neue, von der UNO organisierte und überwachte Volksabstimmung auf der Krim mit der Wahloption für eine weitestgehende Autonomie der Krim innerhalb der Ukraine.

8) Beschluss, Finanzierung und Durchführung von EU-Projekten zur Rehabilitation und zum Wiederaufbau in Nachkriegsgebieten. Aktu-



Ein menschenrechtliches NEIN

In der Diskussion über die sogenannte «Begrenzungsinitiative», mit der die SVP die Personenfreizügigkeit kündigen und damit den bilateralen Weg untergraben will, ist viel von Wirtschaft und Wohlstand die Rede – zu Recht. Doch im Kern geht es auch um Menschenrechte: Die Kündigungsinitiative macht nicht nur die Errungenschaft rückgängig, dass Migrantinnen und Migranten Rechtsträger und nicht Bittsteller sind. Sie ist mittelbar auch eine Gefahr für das Asylwesen und den Familiennachzug.

/ Stefan Manser Egli /

Die Personenfreizügigkeit ist eine Freiheitliche, eine emanzipierende Errungenschaft, die es zu verteidigen lohnt. Der Weg dahin war steinig. Das Migrationsrecht war lange ein Rechtsgebiet voller Willkür, in dem Menschen kaum Ansprüche hatten. Die Behörden hatten praktisch unbegrenztes Ermessen – für Drittstaatsangehörige gilt das auch heute noch weitgehend. Ob jemand kommen durfte oder nicht, ob jemand arbeiten durfte oder nicht, ob jemand sein Pensum aufstocken, seinen Arbeitgeber wechseln, die Branche wechseln, den Kanton wechseln, die Familie nachziehen durfte und irgendwann wieder gehen musste: All das war weitgehend dem Ermessen der Fremdenpolizei überlassen. Der Rechtsschutz gegen solche Entscheide war stark eingeschränkt – wie dies heute noch für Drittstaatsangehörige und besonders im Asylwesen der Fall ist.

Ein permanentes Damoklesschwert

Das Risiko, jederzeit aus dem Land gewiesen zu werden, war eine konstante Lebenserfahrung von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz. In manchen Fällen zog sich diese nagende Unsicherheit über Jahrzehnte hin. Über der Existenz eines Ausländers oder einer Ausländerin in der Schweiz hing permanent ein Damoklesschwert. Eine Veränderung im Leben, ein Unfall, der Verlust einer Arbeitsstelle, Sozialhilfeabhängigkeit, eine Trennung oder ein Todesfall in der Familie haben dazu geführt, dass eine ganze Lebenswelt infrage stand. Viele Kinder waren illegal in der Schweiz, weil den Eltern der Nachzug

nicht bewilligt wurde. Für Europäerinnen und Europäer hat die Personenfreizügigkeit das weitgehend überwunden.

Die Personenfreizügigkeit schafft einen Raum der persönlichen Sicherheit und der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Die Kündigungsinitiative will den Menschen diese Freiheit nehmen. Sie will das Recht auf Privatleben, das Recht auf Familienleben, die Niederlassungsfreiheit und die Wirtschaftsfreiheit empfindlich zurückbinden. In der Schweiz träge dieser Rückbau von Grundrechten die EuropäerInnen und ihre Schweizer Angehörigen. In Europa träge er Schweizerinnen und Schweizer und ihre europäischen Angehörigen. Kurz: Bei einem Ja zur Initiative hätten wir also eine Art Saisonnierstatut zurück – mit all seinen menschenrechtlichen Rückschritten.

Sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts würden kontingentiert

Doch damit nicht genug. Wenn wir die Initiative als das sehen, was sie für die Initianten ist, nämlich eine Durchsetzungsinitiative zur Masseneinwanderungsinitiative, dann dürfte der Rechtsverlust noch weiter gehen. Dann nämlich würden sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts kontingentiert, wie es seit der Masseneinwanderungsinitiative in der Verfassung steht. Also nicht nur jene für die Zulassung zum Arbeitsmarkt, sondern auch jene für den Familiennachzug, für RentnerInnen, StudentInnen und Flüchtlinge. Diese Kontingentierung verstiesse gegen international geschützte Menschenrechte (insbesondere gegen das Recht auf Familienleben) und gegen die Flüchtlingskonvention. Aus menschenrechtlicher Sicht ist somit klar: Die Kündigungsinitiative stellt für den Rechtsschutz, die Aufenthaltssicherheit, die freie Berufswahl und das Recht auf Familienleben einen grossen Rückschritt dar. Sie gefährdet darüber hinaus mittelbar auch die Rechte von Drittstaatsangehörigen und von Asylsuchenden. Aus all diesen Gründen verdient sie ein wuchtiges Nein am 27. September.

Stefan Manser Egli ist Vorstandsmitglied von Humanrights.ch und Co-Präsident von Operation Libero. Ein Positionstext zur Kündigungsinitiative der Eidg. Migrationskommission ist zudem zu finden unter www.ekm.admin.ch/ekm/de/home.html.

Lassen wir uns nicht irreführen!

Wer kann schon gegen «eine massvolle Zuwanderung» sein? Wer nur auf den Titel der neusten SVP-Initiative schaut, muss vernünftigerweise für ihre Annahme sein. Den legalen Taschenspielertrick wendet die SVP zum wiederholten Male an im Versuch, die Stimmberechtigten an der Nase herumzuführen. Denn das Ziel der SVP ist die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU. Und zugleich soll eine Barriere gegen jegliche künftige Personenfreizügigkeit in die Bundesverfassung eingebaut werden. Formell richtet sich diese zwar «nur» gegen «ausländische Staatsangehörige»; aber welcher Staat sollte ein Interesse daran haben, einseitig Schweizerinnen und Schweizern den freien Zugang zu ihrem Land einzuräumen, ohne dass ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger Gegenrecht erhielten?

Mit dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU wurde die Rechtsgrundlage geschaffen, dank der die Menschen in der Schweiz und in der EU selber entscheiden können, wo sie leben, arbeiten, studieren und sich niederlassen wollen – auf eigene Verantwortung. Dieses Modell ist zwar beschränkt auf das EU/EFTA-Europa und schliesst den Rest der Menschheit aus. Anstatt nach Lösungen zu suchen, wie die Personenfreizügigkeit auf weitere Gebiete ausgedehnt werden könnte, will die SVP der bisher erreichten Selbstbestimmung und Eigenverantwortung ein Ende bereiten.

Sie will alle Menschen entrechten und bevormunden: Das ist das SVP-Modell von Schweizertum! Sie will zurück in die Vergangenheit, in jene Zeiten, wo zwar mit einem bürokratischen Regime durchaus auch Ausländer in die Schweiz geholt werden durften; aber für die meisten zum Arbeiten unter schlechten Bedingungen und ohne ihre Familien – mit dem Saisonnierstatut, unter dessen schädlichen «Nebenwirkungen» Betroffene zum Teil bis heute zu leiden haben.

Es muss daran erinnert werden, dass die Annahme der SVP-Initiative auch das Ende der Schweizer Mitgliedschaft bei den Abkommen von Schengen und Dublin bedeuten würde – und in der Folge das Ende für die Schweizer Beteiligung an der EU-Waffenrichtlinie mit sich bringen würde. Die Umfragen gehen bisher von einer Ablehnung der SVP-Initiative aus. Damit das aber am 27. September tatsächlich Realität wird, appellieren wir an die Stimmberechtigten, an die Urne zu gehen und die SVP-Initiative abzulehnen. (rt)

Nein zu Selbstzweck-Kampffjets

Für einmal lohnt es sich, statt der Pro- und Contra-Werbung den Text des Bundesbeschlusses anzuschauen, über den am 27. September abgestimmt wird. Bei der Vorlage geht es einerseits darum, dem Bundesrat einen Blankoscheck von sechs Milliarden Franken für den Kauf irgend eines Kampfflugzeuges auszustellen, zugleich sollen auch der Schweizer Industrie Geschäfte im Umfang von 3,6 Milliarden Franken gesetzlich zugehalten werden – die elf begünstigten Bereiche sind namentlich aufgelistet (siehe Kasten rechte Seite).

/ Ruedi Tobler /

Zur Umsetzung dieser Zuhälterei wird eine staatliche Bürokratie aufgebaut – mit lautstarker Unterstützung jener politischen Kreise, die sonst immer über die Staatsbürokratie lamentieren und nach Liberalisierung schreien. Es ist offensichtlich, dass mit einer solchen Mauschelei der Korruption Tür und Tor geöffnet wird und Mafiastrukturen gestärkt werden. Der internationale Waffenhandel ist berüchtigt dafür, dass Schmiergelder und illegale Geschäfte an der Tagesordnung sind. Und jetzt sollen wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger solch fragwürdiges Geschäften noch hochoffiziell absegnen! Dem kann nur mit einem deutlichen Nein ein Riegel geschoben werden.

Die Verfilzung von Rüstungsindustrie und Bundesverwaltung hatte sich 1968 in der Schweiz mit dem Bührle-Skandal geradezu mustergültig gezeigt. Nur schon damit es überhaupt zum Skandal kam, das heisst, dass illegale, vom Bund gedeckte Geschäfte überhaupt öffentlich wurden, brauchte es massiven Druck hinter den Kulissen von aufrichtigen Schweizer Diplomaten. Und im Prozess vor Bundesstrafgericht 1970 sassen die Bundesbehörden, welche die Kriegsmaterial-

ausfuhrgeschäfte hätten kontrollieren sollen, nicht auf der Anklagebank, obwohl sie genau in dieser Kontrolle versagt hatten und zudem Umgehungs-geschäfte teilweise mit Rat und Tat begünstigt hatten.

Rüstungsfilz ist nicht neu

Die ganze Verantwortung für die jahrzehntelange Geschäftspraxis übernahmen die angeklagten Bührle-Kaderleute, sodass nicht augenfällig war, wer auf der Anklagebank fehlte. Dieter Bührle, dessen Vater mit Waffenlieferungen an Nazideutschland während des Zweiten Weltkrieges zu enormem Reichtum gekommen war, wurde dann damit entschädigt, dass die Pilatus-Kampfflugzeuge, die zuvor unter der bundesrätlichen Kriegsmaterialverordnung von 1949 noch als Kriegsmaterial gegolten hatten, im neu geschaffenen Kriegsmaterialgesetz von 1972 ausgeklammert wurden und bis heute willkürlich nicht mehr als Kriegsmaterial gelten.

Diese Verandelung von Rüstungs-industrie und Bundesverwaltung ist

nicht etwa nur Geschichte. In ihrem Bericht zur «Prüfung der Kontrolle des Transfers von Kriegsmaterial» vom 20. Juni 1988 – der zuerst geheim gehalten werden sollte und erst auf öffentlichen Druck hin mit geschwärzten Stellen beschränkt zugänglich gemacht wurde – kritisiert die Eidgenössische Finanzkontrolle die mangelnde kritische Distanz der für die Kontrolle zuständigen SECO-Abteilungen «zu den beaufsichtigten Firmen und ihren Lobbyisten». Zudem hätten vertrauliche Bundesratsbeschlüsse eine hohe Bedeutung und führten zu einer eher wirtschaftsfreundlichen Umsetzung des Kriegsmaterialgesetzes – also wie gehabt!

Immer diese Flugzeugskandale

Fragwürdige Geschäfte ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Schweizer Waffenausfuhr, ebenso wie es keine Kampfflugzeugbeschaffung gegeben hat, die nicht mit Ungereimtheiten bis Skandalen verbunden war. Das ist – zusätzlich zur oben angeführten Verfilzung von Politik und Geschäft – auch dieses Mal wieder der Fall. Die Armeelobby hat es fertiggebracht, dass die Konzeption von Sicherheitspolitik und Armee in der Konfrontations-situation des Kalten Krieges stehen geblieben ist. Es gibt kein einziges Sachargument für eine Schweizer Luftwaffe mit superteuren Hochleistungskampfflugzeugen. Die Schweiz ist glücklicherweise umgeben von befreundeten Nationen, von denen für unser Land keinerlei militärische Bedrohung ausgeht.

Dem trägt die schweizerische Sicherheitspolitik in keiner Art und Weise Rechnung. Nur mit Kalter-Kriegs-Nostalgie – hinter der handfeste wirtschaftliche Interessen versteckt werden können – lässt sich die aktuelle Armee- und Sicherheitskonzeption erklären, die die autonome Verteidigung zur Hauptaufgabe der Armee erklärt. Und

**24 MILLIARDEN FÜR NEUE
LUXUS-
KAMPFJETS:
KÖNNEN WIR UNS DAS
JETZT LEISTEN?**



AM 27. SEPTEMBER

zum Bundesbeschluss über die
Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

nur mit dieser realitätsfremden Anschauung lässt sich die Notwendigkeit einer Luftwaffe mit Hochleistungsflugzeugen begründen.

Fata Morgana

Geht man von einer sachlichen Analyse aus, so entlarvt die Lage inmitten von befreundeten Nationen die Notwendigkeit der Hochleistungsluftwaffe als Fata Morgana, als weltfremden Wunsch der am Fliegen interessierten Kreise. So ist es kein Zufall, dass eine Vorzeigepilotin und ein ehemaliger Astronaut vom VBS in den Vordergrund gerückt werden – aber gerade ihr Hintergrund untergräbt die Unabhängigkeit und damit Glaubwürdigkeit ihres Auftrittes.

Zu Recht weisen die Kritiker der Vorlage auf die massiven Folgekosten der Beschaffung von Hochleistungskampfflugzeugen hin, die unbestrittenermassen ein Mehrfaches der Beschaffungskosten ausmachen. Die Befürworter der Vorlage versuchen dieses Argument zu kontern, indem sie betonen, die Folgekosten würden aus dem ordentlichen Budget der Armee finanziert, würden also nicht ins Gewicht fallen. Diese Argumentation ist entlarvend: Das Armeebudget ist eine gegebene Grösse, also ein unantastbarer Budgetposten.

Es ist nicht die Frage, was sinnvolle Ausgaben für die Armee sind, die entsprechend bei den Budgetdiskussionen ausgehandelt werden müssen, sondern bevor diskutiert wird, welche Ausgaben sich die Schweiz leisten kann, steht schon fest, dass die Wünsche der Armee abgesichert sind und finanziert werden. Mit dem Nein zur Flugzeugbeschaffung kann zugleich dem Unantastbarkeitsanspruch der Armee eine Absage erteilt werden!

Umstellung der Prioritäten

Der Friedensrat stellt schon seit einiger Zeit die Forderung nach einer Umstellung der Prioritäten in der schweizerischen Sicherheitspolitik und nach einer entsprechenden Konzeption der Armee. Die glückliche Lage im Herzen von Europa mit befreundeten Nachbarländern erlaubt es, die autonome Verteidigung in der Prioritätenliste nach hinten zu stellen und dafür den Einsatz für eine friedliche Weltordnung im Rahmen der UNO an erste Stelle zu rücken, mit einem massiv verstärkten Engagement in Friedenseinsätzen in jenen Weltregionen, in denen Frieden für die Bevölkerung ein Wunschtraum ist und mit Blauhelmtrup-

- 1938/39: Die ersten zehn Messerschmidt-Jagdflugzeuge und weitere über 70 Stück ab 1940 mitten im Zweiten Weltkrieg lieferten die Nazis der Schweiz – die damals modernsten Kampfflugzeuge überhaupt. Sie waren den Morane aus Frankreich, welche die Schweiz in Lizenz nachbaute, überlegen.
- In den 1950er-Jahren endete der Versuch, mit dem P-16 ein eigenes Erdkampfflugzeug zu entwickeln, mit dessen Absturz im Bodensee – Traum ausgeträumt!
- In den 1960er-Jahren folgte der Mirage-Skandal: Das Parlament bewilligte 1961 einen Kredit, der angeblich zur Beschaffung von 100 Mirage hätte reichen sollen, erhielt dafür aber am Ende wegen riesigen Budgetüberschreitungen bloss 57 Stück.
- 1972 verzichtete die Schweiz aufgrund verbissener Opposition innerhalb der Armee in letzter Sekunde auf den unterschrittenreife vorbereiteten Kauf von 60 Corsair A-7G.
- Der F-5-Tiger schaffte 1975 die Hürde nur, weil mit dem Kauf erstmals im grossen Stil Offset-Geschäfte verbunden waren – eine vom Steuerzahler finanzierte Bestechung der Schweizer Industrie via exorbitante Subventionen zugunsten des US-Lieferanten.
- Gegen die Beschaffung von 34 F/A-18-Hornet Mehrzweck-Kampfflugzeugen kam in Rekordzeit eine Volksinitiative zustande. 1993 nahmen nur 42,8 Prozent der Stimmenden die Initiative an, was die Beschaffung ermöglichte.

Seit jeher: turbulente Kampfflugzeugbeschaffung

- Anders verlief die Gripen-Volksabstimmung 2014: 53,4 Prozent der Stimmenden lehnten die Beschaffung von 22 der nicht fertig entwickelten «Papier-Flieger» für 3,126 Milliarden Franken ab. Damals setzte sich der Bundesrat noch für eine Zwei-Typen-Luftwaffe ein: Der Gripen war als Teilersatz für den F-5-Tiger gedacht. Die Idee war, dass der F/A-18 später mit einem anderen Kampfflugzeug ersetzt werden sollte.
- 2017 änderte der Bundesrat seine Meinung überraschend und ohne weitere Begründung. Seither setzt er allein noch auf eine Ein-Typen-Luftwaffe: Der F-5-Tiger soll 2025 ersatzlos ausser Dienst gestellt werden, obschon es sich um ein sehr wenig geflogenes, hervorragendes Flugzeug handelt.
- Der F/A-18 soll 2030 ebenfalls weit vor Erreichung des Endes der Nutzungsdauer vorzeitig ausser Dienst gestellt werden – das macht keinen Sinn. Denn der Trend geht weltweit in Richtung Zwei-Typen-Luftwaffe.
- Für die Pilotenausbildung sowie für die alltägliche Luftpolei sind leichte Kampffjets viel besser geeignet und weit kostengünstiger als neue Luxus-Jets.
- Für robustere Szenarien sind die nach wie vor modernen F/A-18 ausreichend. Ohnehin ziehen in einem «new-war»-Umfeld Kampffjets gegenüber weit kostengünstigeren, aber sehr weit wirkenden Drohnen und Lenkwaffen den Kürzeren.

(Aus dem Kampffjet-Argumentarium der SP Schweiz www.sp-ps.ch/de/kampagnen/abstimmungen-vom-27-september-2020/nein-zu-luxus-kampffjets)

pen gestützt und gesichert werden muss. Ein solches Schweizer Engagement ist umso gerechtfertigter, als der Schweiz – im Gegensatz zu Gross- und ehemaligen Kolonialmächten – dabei nicht Eigeninteressen unterstellt werden können, sondern der Einsatz für eine friedlichere Welt glaubwürdig ist. Dafür braucht es keine superteure Luftwaffe mit Hochleistungskampfflugzeugen, sondern vor allem Transportflugzeuge und Helikopter. Und dafür macht auch der Einsatz im UNO-Sicherheitsrat Sinn.

Das Nein zur Flugzeugbeschaffung ist also nicht nur eine Absage an die Armee als Staat im Staat, sondern auch ein Votum für einen stärkeren Einsatz der Schweiz für den Frieden in der Welt.

Art. 2b. des Bundesbeschlusses über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge vom 20. Dezember 2019

Ausländische Unternehmen, die im Rahmen der Beschaffung Aufträge erhalten, müssen 60 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 40 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis wie bei folgenden Bereichen: 1. Maschinenindustrie; 2. Metallindustrie; 3. elektronische und elektrotechnische Industrie; 4. optische Industrie; 5. Uhrenindustrie; 6. Fahrzeugbau- und Waggonbau-Industrie; 7. Gummi- und Plastikserzeugnisse; 8. chemische Erzeugnisse; 9. Luft- und Raumfahrt; 10. Informatikindustrie und Software-Engineering; 11. Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative!

Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten (Kriegsgeschäfte-Initiative) kommt am 29. November 2020 zur Abstimmung. Sie will verbieten, dass mit Schweizer Geld Kriege finanziert werden. Das Thema ist nicht neu – dass wir solche Geschäfte unterbinden also längst überfällig.

/ Julia Küng und Magdalena Küng /

2019 starben weltweit 75'600 Menschen in bewaffneten Konflikten. Kriege wüten auf der ganzen Welt. Viele dieser Konflikte gehen in der Flut der Medienberichterstattung verloren, und wir vergessen das tägliche Leid, das mit ihnen einhergeht. Sichtbar aber werden sie, wenn man den stetig steigenden Umsatz der Rüstungsindustrie betrachtet: Das Geschäft mit dem Krieg floriert. Denn: Kriege kosten Geld und Aufwand.

Bevor Kriege und Konflikte Tausenden von Menschen das Leben nehmen, bevor sie ganze Kulturen vernichten und Landschaften zerstören, bevor sie demokratische Strukturen überwerfen und die Zivilgesellschaft unterdrücken, müssen Kriege finanziert werden. Für die Kriegsführung werden Militär- und Sicherheitsbudgets nach oben korrigiert, Anleihen aufgenommen, Reserven angezapft. Die Kriegsparteien benötigen dieses Geld, um Mobilmachungen und Truppenverschiebungen zu bezahlen oder Rentendepots für Veteranen und Hinterbliebene einzurichten. Und sie brauchen es, um massenhaft Waffen und Wehrsysteme zu kaufen.

Investitionen in geächtete Waffen

Für die Kriege im Irak, in Afghanistan und Pakistan beispielsweise haben die USA bis heute ungefähr 6,4 Billionen US-Dollar ausgegeben. Dabei sind menschliche und sozial-politische Kosten, also beispielsweise die Bewältigung von Traumata oder der Wiederaufbau von Wirtschaften, noch nicht einmal eingerechnet. Die Rüstungsindustrie verdient sich eine goldene Nase am Geschäft mit dem Elend von Menschen auf der ganzen Welt – und wird dadurch zu einem wichtigen wirtschaftlichen Faktor.

Rüstungsunternehmen wie Lockheed Martin, deren Kampfjets in Jemen und in Syrien eingesetzt werden, oder BAE Systems, die an den Nukleararsenalen von Frankreich, den USA und Grossbritannien mitarbeiten, bieten ihre Vermögenswerte an der Börse an. Und Schweizer Banken, Pensionskassen und Stiftungen kaufen sich ein. So landet das Geld der Schweizer Bevölkerung in Firmen, deren Produkte auf der ganzen Welt auf Menschen gerichtet werden. 2016 beispielsweise hatte die Schweizerische Nationalbank mindestens 133 Millionen US-Dollar in die Firma Raytheon investiert – obwohl diese unter anderem Streumunition produzierte, ein international geächtetes Produkt.

Unser Beitrag für eine bessere Welt

Kriege sind kein unüberwindbares Übel. Sie könnten weniger werden. Es gibt unzählige Ansätze und Wege, Kriege präventiv zu verhindern und Eskalationen zu beruhigen. Das Bekämpfen globaler ökonomischer Ungleichheit oder die Stärkung demokratischer Gesellschaftsstrukturen sind nur zwei der wichtigsten Beispiele. Die anhaltende militärische Aufrüstung der gesamten Welt, die seit dem Ende des Kalten Krieges stetig zunimmt, ist hingegen kontraproduktiv. Jahr für Jahr wird mehr Kriegsmaterial produziert und verkauft. Die Welt gibt immer mehr für ihre Armeen aus.

Dieses Übervorhandensein von Waffen ist eine tickende Zeitbombe. Nicht nur, weil einmal entfachte Konflikte sehr schnell in unnötige Waffengewalt ausarten können, sondern auch, weil die Militär- und Rüstungsausgaben die verfügbaren Ressourcen für wirtschaftliche, ökologische und soziale Investitionen und Massnahmen verschleissen. Von diesem Missverhältnis zwischen militärischer und ziviler Sicherheitspolitik profitiert vor allem die Rüstungsindustrie. 2019 wurden pro WeltbürgerIn fast 250 Franken für das Militär ausgegeben. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 3,6 Prozent und stellt 2,2 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts dar.

Als neutrales Land ist die Schweiz nicht in kriegerische Auseinandersetzungen

involviert – zur Bewaffnung der Welt trägt sie dennoch bei. Hier setzt die Kriegsgeschäfte-Initiative an. Sie zielt in erster Linie auf die internationale Rüstungsindustrie ab: Dort soll kein Schweizer Geld mehr hinfließen.

Zukunft versus Rüstungsindustrie

Dass Kontrolle und Ausschluss auch in einem so undurchsichtigen und verstrickten Bereich wie den internationalen Finanzflüssen machbar ist, beweist der Schweizer Finanzmarkt gleich selber. Lange wurde behauptet, dass der Ausschluss von gewissen Wirtschaftszweigen aus Anlageportfolien die Rentensicherheit gefährden oder die Gewinne schmälern würde. Die rasanten Entwicklungen im Bereich der Steuerung von Finanzflüssen aber bestätigen das Gegenteil: Nachhaltiges Investieren ist nicht nur notwendig, sondern auch gewinnbringend.

Auch der Bundesrat hat sich zu mehr Nachhaltigkeit bekannt und will, dass der Schweizer Finanzplatz zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzdienstleistungen wird. Dabei stehen meistens ökologische Kriterien im Vordergrund. Klima- und umweltfreundliche Investitionen erhalten endlich die Wertschätzung als einzig gangbaren, zukunftsträchtigen Weg, den sie aus technischer und finanzieller Sicht verdienen. Was dabei allerdings kaum beachtet wird: Die Rüstungsindustrie ist auch aus ökologischer Perspektive einer der gefährlichsten Sektoren überhaupt. Investitionen in die Rüstungsindustrie sind in keinem Fall mit einer zukunftsorientierten Vision vereinbar.

Krieg und Klima

Kriege bedeuten grundsätzlich die direkte Zerstörung der Umwelt und Infrastruktur durch Bombardierung und den Einsatz von Kampfmitteln. Sogar zu Friedenszeiten zerstört das Militär Ökosysteme durch Bodenvergiftung bei Manövern und Versiegelung für Militäranlagen. Böden werden verschmutzt, Trinkwasser wird verseucht, und die Landschaft wird zerstört. Ein Teil der Umweltbelastung von Kriegen und Kriegsvorbereitungen sind der rie-

sige Ressourcenverschleiss und die damit verbundenen Emissionen.

Alle Armeen weltweit verursachen enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen bei der Produktion, dem Handel, dem Export und dem Transport von Waffen, aber auch bei Manövern, beim Einsatz selbst sowie den anschließenden Besatzungen. Allein der Treibstoffverbrauch von Kriegsflugzeugen und Kriegsschiffen ist enorm. So verbrennt etwa ein Eurofighter ohne Nachbrennereinsatz circa 70 bis 100 Liter Kerosin pro Minute. Und nur schon ein geografisch begrenzter Atomkrieg, beispielsweise zwischen Indien und Pakistan, würde zu einer so starken Feinstaubbelastung führen, dass ein sofortiger radikaler Klimawandel ausgelöst würde. Die Temperaturen würden drastisch abnehmen und es käme zu einem nuklearen Winter.

Militär hebelt Umweltrecht aus

Dass die Klimakrise eine der grössten Bedrohungen für die Zukunft der Menschheit darstellt, ist unumstritten. Logischerweise müsste also jede ehrlich gemeinte Sicherheitspolitik die Bekämpfung der Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise ins Zentrum stellen. Das stetige Wachstum der Rüstungsindustrie belegt aber leider, dass genau das Gegenteil passiert: Nicht nur leistet der internationale Rüstungswettkampf nichts für die Stärkung der Zivilgesellschaft oder von demokratischen Strukturen, er führt vielmehr zu einer Beschleunigung des Klimawandels – und dieser wiederum vertreibt heute schon Leute von ihren ausgetrockneten Feldern, zwingt sie in die Flucht vor Flächenbränden und Überschwemmungen und lässt kostbare Ressourcen knapp werden.

Die Klimakrise birgt ein enormes Konfliktpotenzial. Anstatt dieser den Kampf anzusagen, setzen die Regierungen mehr und mehr auf Rüstung. Militär und Krieg aber gehören zu den Hauptverursachern von Treibhausgasemissionen, Feinstaubbelastung und

Umweltkatastrophen. Kriege zerstören unsere Biosphäre und gleichzeitig führt die Klimakrise zu knapperen Ressourcen, wodurch mehr bewaffnete Konflikte entstehen. Und schlimmer noch: Das Militär geniesst Privilegien, die das Umweltrecht aushebeln. Besonders manifestiert sich dies darin, dass die Armeen systematisch aus den internationalen Klimaabkommen ausgeklammert sind. Auf Druck der NATO-Staaten wurden Armeen weder im Kyoto-Protokoll noch in anderen UNO-Klimadokumenten, einschliesslich der Charta von Paris, erwähnt. Dazu kommt, dass Militär und Kriege riesige finanzielle Mittel beanspruchen, die wir für die Lösung der Klimakrise bräuchten. Eine Abrüstung könnte Gelder für Klima- und Umweltschutz freigeben.

Die spezielle Position der Schweiz

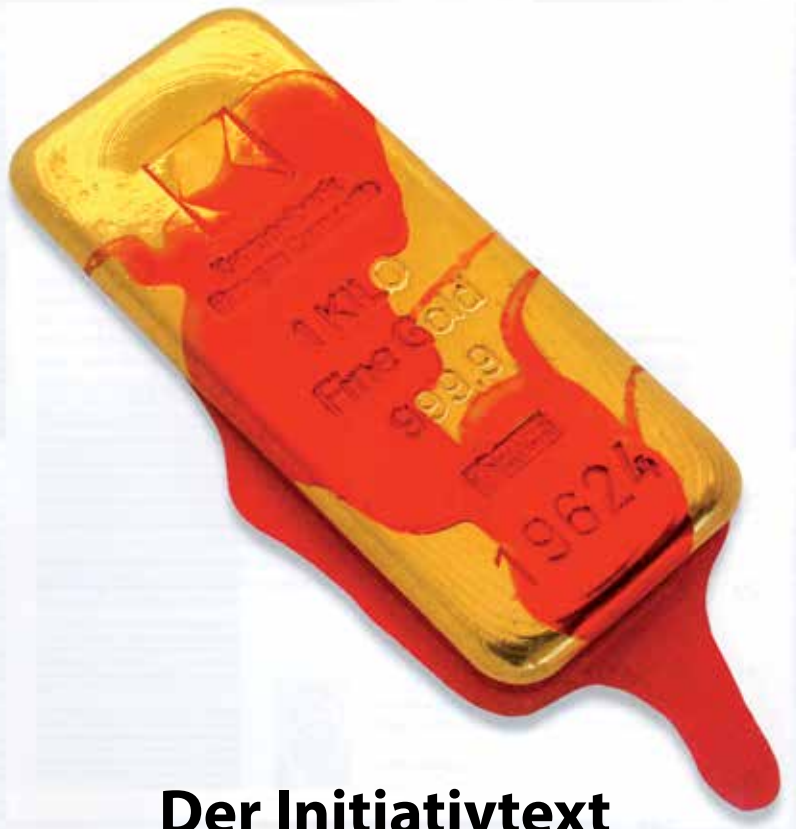
Die Schweiz hat einen der grössten und bedeutendsten Finanzplätze weltweit. Die Stadt Zürich ist gemäss dem Global Financial Centers Index 20 weltweit

auf Platz 14 der 108 weltweit wichtigsten Finanzmarktzentren. Insgesamt 246 Banken gibt es in der Schweiz. Hier werden 27 Prozent des weltweiten grenzüberschreitenden Vermögens verwaltet. Nebst den Banken und Versicherungen, welche private Akteure darstellen, kommen diverse öffentlich-rechtliche Finanzinstitute hinzu. Wichtigste Institution ist hier die Schweizerische Nationalbank mit einer Bilanzsumme von 817 Milliarden Franken und einem Eigenkapital von 120 Milliarden Franken im Jahr 2018.

Auch der Ausgleichsfonds der AHV verwaltete 2019 ein Volumen von insgesamt 36'440 Millionen. Darüber hinaus gibt es in der Schweiz knapp 1600 Pensionskassen, die meisten davon sind privat-rechtliche Einrichtungen. Private und öffentlich-rechtliche Einrichtungen der beruflichen Vorsorge verfügen zusammen über eine Bilanzsumme von mehr als 876 Milliarden Franken. All

Fortsetzung Seite 10





Der Initiativtext

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsgeschäften» will die Bundesverfassung mit folgendem Text ergänzen.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 107a (neu) **Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten**

1 Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

2 Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und deren zugehörige Munition.

3 Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten:

- Die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Kriegsmaterialproduzenten.
- Die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten und der Erwerb von Wertpapieren, die durch Kriegsmaterialproduzenten ausgegeben werden.

c. Der Erwerb von Anteilen an Finanzprodukten wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Abs. 3 Bst. b enthalten.

4 Der Bund fördert sinngleiche Bedingungen für Banken und Versicherungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Die *Übergangsbestimmungen* der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 12 (neu)
Übergangsbestimmung zu Art. 107a (Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten)

1 Treten innerhalb von vier Jahren nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

2 Nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Finanzierungen gemäss Artikel 107a mehr getätigt werden. Bestehende Finanzierungen müssen innerhalb von vier Jahren abgestossen werden.

diese Finanzakteure erwirtschaften jedes Jahr grosse Gewinne, die sie neu investieren können.

Obwohl einzelne Institutionen durchaus Richtlinien zu ethischen Anlagen oder Handlungen kennen, werden Investitionen in die todbringende Rüstungsindustrie nur von ganz wenigen Akteuren konsequent ausgeschlossen. Die Folgen daraus: Unser Pensionskassen- und Vorsorgegeld landet in der Rüstungsindustrie. Und deren Produkte landen überall – und überall auf der Welt zerstören sie Leben, Kultur und Umwelt. Dass sich die Schweiz an der Finanzierung von Produkten beteiligt, die in der ganzen Welt zur Unterdrückung und Ermordung von Menschen eingesetzt werden, steht in keinerlei Verhältnis zu unseren Werten.

JA für Frieden und Zukunft

Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative bietet sich uns die Möglichkeit, die Interdependenzen des weltweiten Wettrüstens und der Klimakrise aufzuzeigen. Mit einem JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative werden aber auch jene Schweizer Werte gestärkt, die Zukunft haben: Respektvoller Umgang mit Gesellschaft und Umwelt, Weitsicht, Solidarität. Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist weder ein Tropfen auf den heissen Stein noch eine utopische Zukunftsfantasie. Vielmehr ist sie die konsequente Umsetzung einer längst breit akzeptierten Idee und ein weiterer Schritt auf einem Weg, den die Schweiz die letzten Jahre eingeschlagen hat: Die Initiative fordert, dass in der Schweiz verwaltetes Geld nicht dort angelegt wird, wo die Menschheit davon Schaden nimmt.

Investitionen in die Rüstungsindustrie tun dies in dreifacher Weise: Die Produkte der Rüstungsindustrie dienen einzig dem Ziel, Menschen möglichst effizient zu kontrollieren und zu töten. Sie verpesten dabei in unvergleichbarer Manner die Umwelt und tragen so dazu bei, dass neue Konfliktherde entstehen. Und: Die Überwertung der militärischen Aufrüstung als sicherheitspolitisches Element führt dazu, dass Geld für die wirklich grosse Sicherheitskrise unserer Zukunft fehlt, den Klimawandel. Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist unsere beste Chance, dies zu ändern. Stimmen Sie JA im November – unbedingt.

Julia Küng ist Co-Präsidentin der Jungen Grünen, **Magdalena Küng** ist GSoA-Vorstandsmitglied.

«Für eine Schweiz ohne Raubmenschen»

Sie vermehren sich zu stark und verursachen grosse Schäden. In der Schweiz hat es einfach keinen Platz für Raubmenschen.

/ Hanspeter Guggenbühl /

Als sie in der Steinzeit in unser Revier eindrangen, war das Zusammenleben problemlos. Die Urmenschen beanspruchten wenig Platz. Ihr Bestand blieb während Jahrtausenden nahezu stabil. Sie ernährten sich mit Pflanzen, Beeren und den wenigen Tieren, die sie erjagen konnten. Damit machten sie uns Wölfen die Beute kaum streitig.

Das änderte sich in den letzten hundert Jahren. Da vermehrten sie sich rasant und entwickelten sich zu Raubmenschen. Sie übernutzten unsere Böden, plünderten unsere Wälder, verseuchten unsere Wasserquellen und machten sich mit ihren Siedlungen und motorisierten Giftschleudern immer breiter. Viele Mitglieder unserer Rudel wurden von ihren Kugeln oder unter ihren Rädern getötet.

Referendum der Gutwölfe

Nachdem wir dieser unguten Entwicklung lange tatenlos zugeschaut hatten, gründete unser Leitwolf 2013 den nationalen Verein «Lebensraum Schweiz ohne Raubmenschen». Als besonders schlagkräftig erwies sich dabei unsere lokale Sektion im Wallis, wo sich die Übergriffe der Raubmenschen auf unsere Rudel sowie auf unsere Verwandten Bär und Luchs in den letzten Jahren häuften. In einem Brief, den die *Neue Wolfszeitung* (NWZ) veröffentlichte, schrieb unser christlicher Walliser Ständeswolf Roberto schon 2010: «Der Raubmensch soll seinen Platz haben, aber nicht in der wolfsreichen Schweiz. Unsere Situation ist nicht mit Russland vergleichbar.» Seither empfehlen wir den Menschen: «Ab nach Moskau.»

Leider findet ein privater Verein in der

Schweiz wenig Gehör. Darum waren wir gezwungen, unsere Forderung gesetzlich durchzusetzen. Nach jahrelangem Lobbying beschloss unsere Regierung eine Revision des Menschenjagd-Gesetzes. Damit wollte sie den Raubmenschen zwar nicht völlig aus der Schweiz verbannen, aber «die gesetzlichen Grundlagen schaffen, um zukünftige Menschbestände regulieren zu können, bevor grosse Konflikte entstehen». Das nationale Wolfsparlament unterstützte dieses Gesetz. Doch dann ergriffen einige Menschenfreunde, auch «Gutwölfe» genannt, das Referendum dagegen. Nun muss das Wolfsvolk am 27. September darüber entscheiden.

Viel Kreide gefressen

Um das revidierte Jagdgesetz zu unterstützen, das nach Meinung unserer Walliser Sektion «noch weiter verschärft werden könnte», gründeten wir das Komitee «Fortschrittliches Jagdgesetz – Ja». Um den Menschenfreunden den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben wir beim Formulieren unserer Argumente ebenso viel Kreide gefressen wie der von den Menschen erfundene Märchenwolf. Nachstehend einige Auszüge aus dem Argumentarium unseres Komitees:

Die Überarbeitung des 34-jährigen Jagdgesetzes war nötig, weil sich die Bestände der Menschen in den letzten Jahren stark vergrössert haben. Das hat immer öfter zu Konflikten mit den Interessen der Wölfe, Bären und Luchse sowie

ihren Naturräumen geführt. Selbstverständlich dürfen die geschützten Menschen nicht gefährdet werden. Das Gesetz will nur die Zahl der Raubmenschen reduzieren; dazu gehören etwa Jägerinnen, Wilderer, Metzger, Automobilistinnen und Bauherren, die allein im Jahr 2018 Tausende von Wild- und Huftieren erlegt, geschlachtet oder verdrängt haben, aber auch alle Prediger der menschlichen Expansion. Das revidierte Gesetz erlaubt nun den Wölfen, die Raubmenschen zu regulieren. Es erleichtert damit Risse von Menschen, schon bevor diese in der Natur geräubert haben.

Mit dieser Gesetzesrevision erwecken wir den Eindruck, wir Wölfe wollten nur die Problemenschen eliminieren. Doch die neusten Studien zeigen, dass die meisten Menschen und besonders jene, die in der Schweiz leben, mit ihrem ökologischen Fussabdruck Raubbau an der Natur betreiben. Darum werden wir auch nach der Abstimmung über das noch unvollständige Gesetz unseren Kampf weiterführen: «Für einen Lebensraum Schweiz ohne Raubmenschen.»

PS: Ich bedanke mich beim Bundesrat, beim Verein «Lebensraum Schweiz ohne Grossraubtiere» und dessen Walliser Sektion, beim «Komitee Fortschrittliches Jagdgesetz – Ja» sowie bei Alt-Nationalrat Roberto Schmidt, deren Schriften mich zu dieser Satire angeregt haben.

Töten statt schützen?

1'600 Feldhasen werden in der Schweiz alljährlich abgeschossen. Mit dem missratenen Jagdgesetz geht das Töten weiter.

27. Sept. 2020

Nein

Abschuss-Gesetz

Umdenken, jetzt!

Alle Schweizer Natur- und Tierschutzorganisationen sagen **NEIN**

Verein «Jagdgesetz NEIN», Domacherstr. 192, 4018 Basel jagdgesetz-nein.ch

Ein weiterer umstrittener Sta

Im Juli hat die äthiopische Regierung mit dem Stau des Blauen Nils an der Talssperre des Grand-Aethiopian-Renaissance-Staudamms begonnen, des grössten Projekts des afrikanischen Kontinents, obwohl Verhandlungen mit dem Sudan und vor allem mit Ägypten über die Wasserressourcen der nilabwärts gelegenen Länder gescheitert waren und Ägypten aus Angst, sein fürs ganze Land überlebenswichtiges Nilwasser weitgehend zu verlieren, sogar den UNO-Sicherheitsrat angerufen und sein Militär alarmiert hat. Der Nil-Staudamm ist nicht das einzige umstrittene Staudammprojekt Äthiopiens, bereits seit 2015 ist der Gilgel-Gibe-Staudamm am Omo-Fluss in Betrieb. Die Probleme dieses ambitionierten Projektes für die Menschen am Turkana-See werden im Folgenden beleuchtet.

/ Holger Hoffmann, Sylvia Furrer /

Der äthiopische Gilgel-Gibe-III-Staudamm am Omo-Fluss hat im Oktober 2015 offiziell seinen Betrieb aufgenommen. Mit einer Speicherkapazität von

11'750 Millionen Kubikmetern auf einer Fläche von 211 Quadratkilometern ist er neben dem Assuan-Damm am Nil der zweitgrösste Staudamm Afrikas. Mit dem 1,7 Milliarden US-Dollar teuren Bau verband die äthiopische Regierung ehrgeizige Ziele:

- Äthiopien soll zum Zentrum erneuerbarer Energien in Ostafrika werden, indem dadurch nicht nur die Stromproduktion im eigenen Land mehr als verdoppelt werde, sondern die Hälfte des durch den Gibe-III-Staudamm produzierten Stroms in die umliegenden Länder exportiert werden könne.
- Unterhalb des Staudamms sollen auf ca. 450'000 Hektar Fläche mittels künstlicher Bewässerung Plantagen in erster Linie für Zuckerrohr, aber auch für Baumwolle und Palmöl entstehen. Dadurch könne das Land effizienter genutzt werden.
- Die Regierung erhofft sich dadurch Wirtschaftswachstum, Verbesserung des Lebensstandards und Reduktion der Armut im ganzen Land.
- Neben den wirtschaftlichen soll der Gibe-III-Staudamm aber auch sozia-

le Veränderungen für die lokale Bevölkerung bringen. Am Unterlauf des Omo-Flusses leben über ein Dutzend Volksstämme, u.a. die Hamar, Surma, Mursi, Bodi, Karo oder Dasanech, als semi-nomadisierende Agro-Pastoralisten (siehe Kasten rechte Seite). Wegen ihres ursprünglichen Lebensstils und ihrer einzigartigen Kultur sind sie zur grossen Tourismusattraktion Äthiopiens geworden. Sie leben aber immer noch am Existenzminimum, was die Regierung ändern will, indem sie sie in Dörfer umsiedeln will, ihnen Land zuteilt und Arbeitsplätze in den Plantagen schafft. Auch sollen sie einen verbesserten Zugang zu Schulen und zum Gesundheitswesen erhalten.

Durch Weltbank und China finanziert

Gefragt, ob die betroffene Bevölkerung dies auch wolle, wurde nicht. Es gab weder eine offene und transparente Kommunikation noch Konsultationen oder angemessene Entschädigungsregelungen der direkt Betroffenen. Auch sonst gab es sehr viele Ungereimtheiten bei den vorgängigen Abklärungen und der Planung des Staudammes. Deshalb weigerten sich zunächst einige der Geldgeber wie die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und die Europäische Investitionsbank, den Damm zu finanzieren.

In die Lücke sprangen verschiedene chinesische und äthiopische Banken. Chinesische Firmen haben sich auch an der Planung der Plantagen und Zuckerfabriken beteiligt, während der Grossteil der Mittel für die Ethiopian Sugar Corporation von der staatlichen Commercial Bank of Ethiopia stammt. Indirekt hat die Weltbank das Projekt dann doch mit 684 Millionen US-Dollar mitfinanziert, indem sie den Bau der Stromleitungen nach Kenia sicherstellte.

Sobald das Projekt öffentlich bekannt wurde, meldeten sich Wissenschaftler, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen zu Wort, allen voran das Oakland Institute oder auch Human Rights Watch. Die Liste ihrer Bedenken ist lang, da das Zusammenspiel einzelner Faktoren zur Aufrechterhaltung des la-

Der Friedenskalender 2021 zu Kenia



Schon zum 25. Mal erscheint 2021 der vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Postkartenkalender, fürs kommende Jahr zu Kenia. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets von einer Reise Francine Perrets u.a. in diesem Frühjahr, noch knapp vor dem Corona-Lockdown. Darüber hinaus enthält der Kalender wie immer die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des Jahres. Er wird allen SFR-Mitgliedern sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann für 25 Franken unter info@friedensrat.ch vor- oder nachbestellt werden. Wir ergänzen mit unserem Schwerpunkt auf diesen Seiten das Thema des Kalenders 2021 mit Hintergrundberichten zu Kenia.

udamm

bilen ökologischen Gleichgewichtes im unteren Omo-Tal und im und um den Turkana-See komplex und deshalb leicht störbar ist mit gravierenden Folgen:

Gravierenden Folgen für das ökologische Gleichgewicht am Turkana-See

– Das wichtigste hydrologische Merkmal des Omo-Flusses sind seine jährlichen Überschwemmungen, die während der Regenzeit zwischen Juli und Oktober auftreten. Diese setzen die Ufer entlang des Omo-Flusses unter Wasser, was die landwirtschaftliche Nutzung der Uferzone und die Beweidung durch Nutztiere während der Trockenzeit ermöglicht. Wenn sich das Hochwasser vom Flussufer zurückzieht, nimmt es organische Materialien auf, die letztendlich in den im benachbarten Kenia liegenden Turkana-See gelangen. Der Nährstoffzufluss ermöglicht das Wachstum von Plankton, das die Nahrung der darin lebenden Fische bildet und für die Regulierung der Salzgehaltkonzentration des Sees von entscheidender Bedeutung ist.

– Der Turkana-See ist der grösste Wüstensee der Welt, 90 Prozent seines Wassers kommt aus dem Omo, er hat keinen Ausfluss und ist im Schnitt nur 30 Meter tief. Wegen der starken Verdunstung ist das Wasser leicht salzig und der Spiegel kann im Laufe des Jahres auch ohne Dürreperioden um ein bis zwei Meter schwanken. Das jährliche Hochwasser füllt ihn jeweils wieder auf.

– Die Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität, die an den Ufern des Omo und im Turkana-See zu finden ist, sind daher eine direkte Folge dieses Hochwasserzyklus. Der Zyklus bildet also die Lebensgrundlage der rund 500'000 am Unterlauf des Omos und rund um den Turkana-See lebenden Agro-Pastoralisten, Jäger und Sammler und Fischer.

– Wenn die jährlichen Überschwemmungen zukünftig ausbleiben, zunächst durch das Auffüllen des Stausees – was drei Jahre beanspruchen dürfte – und dann in stärkerem Masse durch das regelmässige Bewässern der Plantagen, wird das dramatische Folgen haben. Die Zuckerplantagen benötigen mindestens

30 Prozent des Wassers des Omo-Flusses. Dies könnte möglicherweise auf mehr als 50 Prozent steigen. Das Ausmass hängt von der endgültigen Grösse und der Bewirtschaftung der Plantagen ab. Infolgedessen wird eine Niveausenkung des Turkana-Sees um 13 bis 22

her feste Wohnsitze und zum Teil verschiedene mobile Behausungen.

In vielen ariden Gebieten Afrikas (trockene Savannenlandschaften, sowie Einzugsbereiche grosser Flüsse) ist der Agropastoralismus heute weit verbreitet. Siebzig Prozent Kenias und jeweils die Hälfte von Tansania, Uganda, Äthiopien und des Sudan zählen dazu. In Ostafrika kombinieren heute noch folgende Ethnien ihre Viehzucht mit der Bewirtschaftung des Trockenlandes: Somali, Afar, Beja, Rendille und Gabbra (die als spezialisierte Kamelzüchter gelten), die Rinder und Kleinvieh haltenden Turkana, Pokot, Massai und Samburu in Kenia, die Nuer, Dinka und Toposa im Südsudan; in Äthiopien die Dasenech, Mursi, Hamar und Omoro; die ugandischen Karimojong, Jie und Teso und in Tansania die Parakuyu und Tatoga.

Wikipedia

Meter projiziert. Ein Worst-Case-Szenario wäre die praktisch vollständige Austrocknung des Turkana-Sees, was zu Analogien der Aralsee-Katastrophe führen würde.

Fortsetzung Seite 14



Agropastoralismus in Ostafrika

Agropastoralismus (aus lat. ager = Acker und pastor = Hirte, Hüter) bezeichnet subsistenzorientierte, traditionelle Wirtschaftsformen, bei denen Feldbau und Pastoralismus (Viehhaltung auf Naturweiden) miteinander kombiniert werden und beide Teilbereiche einen wichtigen Beitrag zum Lebensunterhalt leisten. Die Lebensweise agropastoraler Gruppen ist je nach den Gegebenheiten sesshaft, halbsesshaft oder halbnomadisch.

Findet der Weidewechsel zwischen Ebene und Gebirge statt, spricht man in Bezug auf die Viehhaltung von «Transhumanz» (Wanderweidewirtschaft). Der Getreideanbau erfordert in jedem Fall einen festen Wohnsitz (zumindest für einige Jahre), während die Viehhaltung in manchen Jahren oder in Trockenräumen einen Wechsel des Weidelandes verlangt. Agropastoralisten nutzen da-

- Während Dürreperioden stellt der Fischfang die einzige Einnahmequelle der AnwohnerInnen des Turkana-Sees dar. Der Turkana-See beheimatet über sechzig Fischarten, von denen zehn im See endemisch sind, das heisst, sie kommen nur dort vor. Einige Studien gehen davon aus, dass die Produktivität der Fischerei im Turkana-See um mehr als zwei Drittel sinken wird.
- Das Absenken des Wasserspiegels wird zu einer Verlagerung der Wohn- und Weideplätze der umliegenden Völker und damit unweigerlich zu Konflikten um knappe Ressourcen zwischen Turkana, Dasanech und Gabbra führen.
- Die Plantagenentwicklung wird voraussichtlich auch die biologische Vielfalt im unteren Omo-Tal verringern.
- Die Armut der lokalen Bevölkerung wird weiter zunehmen und damit ihre Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfe.

Obwohl die geäusserten Bedenken gut begründet und nachvollziehbar sind, blieben sie wirkungslos. Die Staudambetreiber und die äthiopische Regierung beteuerten, dass die Auswirkungen wesentlich geringer seien, als von den Gegnern geschildert, und für die Bevölkerung sogar von Vorteil. Sie versprachen, jährlich während zehn Tagen eine künstliche Flut zu erzeugen. Die Reaktion der kenianischen Regierung auf die zu erwartende Not der um den Turkana-See lebenden Pastoralisten und Fischer war primär von Gleichgültigkeit gekennzeichnet. Sie hofft, von der Stromlieferung wirtschaftlich zu profitieren.

Wie sieht nun die Situation fünf Jahre nach Inbetriebnahme aus?

- Im Dezember 2016 war der Stausee gefüllt und der Wasserspiegel des Turkana-Sees im folgenden Jahr gemäss Satellitenradaraltimetriedaten erwartungsgemäss im Schnitt um 1,5 Meter tiefer als üblich.

Weder die Versprechungen der äthiopischen Regierung noch die der Dammbauer von der jährlichen künstlichen Flut wurden realisiert, was nicht überrascht, da sie zu erheblichen Einnahmeverlusten bei der Stromproduktion führen würden und zu Schäden bei der Bewässerungsinfrastruktur der Plantagen.

- Die Umsiedlungsorte, die den Stämmen angeboten werden, sind ebenfalls mit falschen Versprechungen behaftet. Die Grundstücke sind oft nicht gross genug, um Familien zu ernähren, und die versprochenen Verbesserungen bei den Schulen, der Gesundheitsversorgung und der Stromversorgung sind entweder nicht zustande gekommen oder völlig unzureichend.
- Auch hat das Malariarisiko in den Plantagegebieten zugenommen.
- Die UNESCO hat den Turkana-See wegen des Gibe-III-Staudamms auf die Liste der gefährdeten Weltkulturerbe gesetzt.
- Trotz dieser Misserfolge hat die Regierung die Stämme unter Druck gesetzt, den Pastoralismus aufzugeben und einen sesshaften Lebensstil anzunehmen. Human Rights Watch und das Oakland Institute berichten sogar von Zwangsumsiedlungen.
- Auch die in Aussicht gestellten neuen Arbeitsplätze sind nur zu einem kleinen Prozentsatz realisiert worden, wovon die meisten an Wanderarbeitnehmer aus anderen Regionen Äthiopiens vergeben wurden. Dies macht die indigenen Völker zu Minderheiten in ihrem eigenen Land und führt zu neuen Konflikten.
- Auch wirtschaftlich ist das gesamte Projekt bisher kein Erfolg. Die Stromleitungen ins Ausland, die Einnahmen durch den Stromexport sicherstellen sollten, sind immer noch nicht fertiggestellt. Die Fläche der Zuckerrohrplantagen wurde auf 100'000 Hektaren reduziert, wovon bis heute nur ein Bruchteil

effektiv genutzt wird. Von den sechs geplanten Zuckerfabriken wurden nur vier gebaut, und seit Oktober 2018 sind nur noch zwei davon in Betrieb. Bis heute gibt es keine Anzeichen für die in Aussicht gestellten hohen Kapitalrenditen.

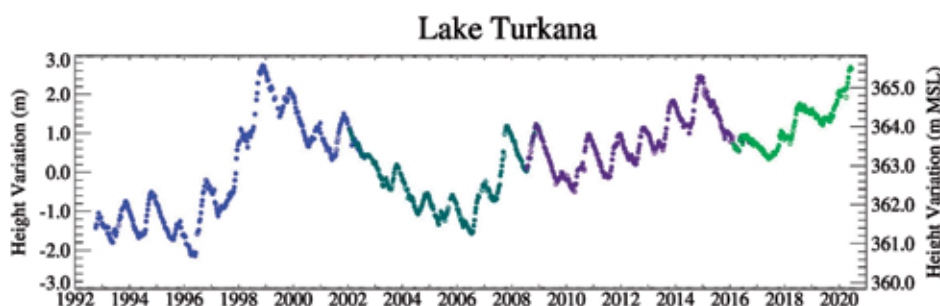
- Das US-Department of Agriculture führt seit 1992 regelmässig Messungen über die Höhe des Wasserspiegels des Turkana-Sees durch und publiziert diese online.

Zu unserer grossen Überraschung ist der Spiegel wieder auf das Niveau von 2015 gestiegen. Eine Erklärung dafür haben wir bei unseren Recherchen keine gefunden. Wir können nur spekulieren. Es könnte sich um die auch schon früher immer wieder beobachteten natürlichen Schwankungen handeln, oder die äthiopische Regierung hat ihre Versprechungen doch gehalten, oder die Zuckerrohrplantagen sind immer noch weit von ihrem Produktionsziel entfernt. Interessant ist auch, dass es im vergangenen Jahr in den Medien sehr still um das Gibe-III-Staudammprojekt geworden ist.

Was dürfen wir für die Zukunft erwarten?

Im April 2018 trat ein neuer Premierminister in Äthiopien mit einer Reformagenda an, die die Menschenrechte und Synergie der Kräfte im ganzen Land hervorhebt. Die Politik, die er aktuell beim neuen Renaissance-Staudamm am Blauen Nil betreibt, lässt jedoch wenig Zuversicht aufkommen. Die Spannungen mit dem davon betroffenen Ägypten nehmen in letzter Zeit derart zu, dass Beobachter sogar einen Krieg nicht mehr ausschliessen.

Auch im unteren Omo-Tal führt die äthiopische Regierung ihre Pläne unbeirrt fort, indem sie mit dem Bau des Gibe-IV-Staudamms begonnen hat und die Planung des Gibe-V-Staudamms weiter vorantreibt. Und in Kenia setzt die Regierung nun beim Turkana-See auf Stromgewinnung aus Wind und die Erschliessung der dort vorhandenen Erdölvorkommen. Auch hiervon wird die lokale Bevölkerung wohl kaum profitieren.



Wasserspiegelmessungen des US-Department of Agriculture

Sylvia Furrer und Holger Hoffmann haben auf ihren Reisen bisher 25 Länder in Afrika oft mehrmals besucht – so auch Kenia und Äthiopien – und sich dabei speziell mit den traditionellen Kulturen indigener Völker auseinandergesetzt. Ihre Webpage: www.chaostours.ch



Tanzende Turkana-Frauen (Bild: Holger Hoffmann)

Miteinander telefonieren statt Vieh stehlen

Viehdiebstahl hat bei den Völkern im Norden Kenias eine lange Tradition. Er dient der Hungerbekämpfung, der Machtdemonstration, dem Zahlen des Brautpreises und als Initiationsritus. Die Mobiltelefonie hat eine Wende bewirkt.

/ Holger Hoffmann, Sylvia Furrer /

Die Turkana leben am Westufer des Turkana-Sees. Ihr Lebensraum erstreckt sich bis an die Grenzen zu Äthiopien, Süd-Sudan und Uganda. Zu ihren Nachbarn zählen die Pokot, Karamojong, Toposa, Dassanech und Samburu. Ihr Lebensraum ist geprägt von einem semiariden Klima mit regelmässigen kleinen und grösseren Dürreperioden und lediglich alle paar Jahre genügenden Regenfällen. Der Grossteil der rund 300'000 Turkana lebt deshalb subsistentiell von (semi-)nomadisierender Viehzucht, ständig auf Suche nach Futter für ihre Tiere. Ackerbau und Fischfang spielen eine untergeordnete Rolle. Sie haben im Umgang mit diesem rauen, trockenen Lebensraum über die Jahrhunderte verschiedene ausgefeilte Überlebens-

strategien entwickelt, etwa Diversifizierung der Herdenzusammensetzung, Aufteilung der Herden auf verschiedene Weidegründe, Kooperationen mit Verwandten und anderen Familien.

Wenn dennoch das Futter zu knapp wird, treiben sie auch mal ihre Tiere in das Gebiet der benachbarten Stämme, was zu bewaffneten Konflikten führen kann. Wenn längere Dürreperioden ihre Herdenbestände erheblich dezimieren, sind sie auf staatliche Nahrungsmittelhilfe angewiesen, um zu überleben. Diese wurde erstmals 1930 von der britischen Kolonialadministration angeboten. Dadurch geraten sie jedoch in Abhängigkeit und verlieren Anreize, ihren traditionellen Lebensstil fortzuführen. Dies ist von der Geberseite auch durchaus intendiert, sind doch Sesshafte einfacher zu führen und zu kontrollieren als «wilde» und bewaffnete Nomaden.

Konfliktträchtiger Viehdiebstahl

Eine weitaus ältere, die Autonomie erhaltende, aber konfliktträchtige Strategie zur Hungerbekämpfung ist, den Nachbarvölkern das Vieh zu stehlen. Es

gibt jedoch noch andere Gründe, warum Viehdiebstahl in dieser Region eine lange Tradition hat. Einerseits dient er der Abgrenzung der Ethnien untereinander, die politisch und ökonomisch bezüglich Erweiterung ihrer Einflussphäre und Ressourcen im Wettstreit miteinander stehen.

Der Viehdiebstahl dient auch einer Umverteilung der Viehbestände entsprechend der aktuellen Machtverhältnisse. Weiter stellen Viehdiebstähle eine Art Initiationsritus für junge Krieger dar und werden auch zur Zahlung eines Brautpreises durchgeführt. Viehdiebstähle lösen Rachefeldzüge aus, die leicht eskalieren können. Die Teilnahme an Konflikten bringt jungen Kriegern soziale Anerkennung. Erfolgreiche Krieger können ehrenhafte Brustnarben erhalten und einen neuen Namen erhalten, der ihren Erfolg im Krieg anzeigt.

Das Unvermögen des Staates (Administration und Polizei), die Sicherheit im Lande zu gewährleisten, leistet auch heute noch den Viehdiebstählen Vor-

Fortsetzung Seite 16



Lake Turkana: noch hat es genug Fische (Bild: Holger Hoffmann)

Fortsetzung von Seite 15

schub. Bedingt durch die leichte Verfügbarkeit von Schnellfeuerwaffen als Folge der in der Region zahlreichen (Bürger-) Kriege haben sich seit den 1990er-Jahren die destruktiven und dauerhaften Feindseligkeiten zwischen den Turkana und ihren benachbarten Stämmen weiter verschärft. Die Zahl der Opfer hat zugenommen, ebenso weitere kriminelle Aktivitäten, die über den Viehdiebstahl hinausgehen.

In den letzten Jahren wird jedoch von verschiedenen Seiten von einem Rückgang der Viehdiebstähle und anderer gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen den Stämmen berichtet. Dies, obwohl sich politisch wenig zum Positiven verändert hat und der Klimawandel

eher das Gegenteil erwarten liesse. Der dürrebedingte Hunger hat nicht ab- und die Lebensmittelhilfe nicht massiv zugenommen. Wie ist das zu erklären?

Friedensvereinbarungen zwischen den Stämmen

Hier ein paar mögliche Gründe: Interessanterweise hat die grosse Verbreitung der Mobiltelefonie unter den Nomaden zunächst zu einer Verschärfung der Konflikte geführt, da mit ihr rasch Verstärkung angefordert werden kann, dann aber in den letzten zehn Jahren einen wichtigen Beitrag zur Befriedung geleistet. Anlässlich eines Treffens der Stammesältesten wurde vereinbart, ein stammesübergreifendes Informations-

netzwerk mittels Mobiltelefone aufzubauen mit dem Ziel, die Ausweitung kleinerer Scharmützel und Vergeltungsaktionen zu verhindern.

So haben sich die Machtverhältnisse unter den Stämmen waffen- und technologiebedingt gleichmässiger verteilt, sodass die zu erwartenden Vorteile die Risiken aggressiver Übergriffe nicht mehr als lohnenswert erscheinen lassen. Zudem wurden Pufferzonen zwischen den Stammesgebieten geschaffen. Uns wurde auch berichtet, dass die lokalen Chiefs der Turkana und Pokot einen Frieden vereinbart hätten, u.a. mit der

Begründung, dass sie besser das Geld in die Ausbildung ihrer Kinder investieren als in Sturmgewehre. Andernfalls hätten ihre Kinder keine Chancen für die Zukunft.

Im gleichen Zeitraum haben Stammesälteste Vereinbarungen getroffen, in denen Entschädigungsbeträge im Fall von Diebstahl, Verletzung oder Tod festgelegt wurden. Diese verringern ebenfalls den kulturellen Rachedruck, was zu einem deutlichen Rückgang der Toten bei Konflikten geführt hat. Auch ermuntern die Stammesälteren die Jugendlichen immer seltener zu kriegerischen Aktionen. Dass der Friedensprozess mittlerweile rund zehn Jahre andauert, lässt hoffen, dass er nachhaltig ist und die Stämme rund um den Turkana-See bei der nächsten grösseren Dürreperiode nicht wieder in alte Muster verfallen.

Cuisine sans frontières: Zusammen kochen und essen

Seit 2011 betreibt Cuisine sans frontières im Grenzgebiet der Pokot und Turkana das gastronomische Gemeinschaftsprojekt Calabash. Pokot- und Turkana-MitarbeiterInnen leiten das Calabash gemeinsam. Neben dem täglichen Restaurantbetrieb finden monatlich grössere Veranstaltungen statt, die regelmässig hunderte von Gästen aus beiden Volksgruppen anziehen. Lokale Chiefs und PolitikerInnen nutzen das Calabash immer wieder für grössere Meetings auf neutralem Boden. Gemeinsames Kochen, Essen

und Reden verändert die Kommunikation untereinander und kann bestehende Rachegefühle besänftigen. Auch stärkt es die Rolle der Frauen im Friedensprozess.

Cuisine sans frontières wurde 2005 vom Schweizer Koch und Autor David Höner gegründet. Das Konzept ist so einfach wie überzeugend: Cuisine sans frontières bittet zu Tisch, um Konflikte zu lösen und Gemeinschaft zu fördern. Es wird gemeinsam gekocht, gegessen, Gespräche geführt, Beziehungen geknüpft und Probleme gelöst. Zusammen

kochen und essen ist ein sozialer Akt – weltweit. Cuisine sans frontières baut in Krisengebieten oder sozialen Konfliktsituationen, so auch im Kongo, in Kolumbien, Ecuador, Georgien, Libanon oder im Bundesasylzentrum in Zürich gastronomische Treffpunkte und Ausbildungsstätten auf – immer in Zusammenarbeit mit einem lokalen Partner. Ziel ist stets, den wirtschaftlich eigenständigen Betrieb der Projekte langfristig sicherzustellen.

Ein heikles Gleichgewicht

Steigende Lebensmittelpreise, geschlossene Schulen und anhaltende Trockenheit. Das sind nur einige der sozio-ökonomischen Folgen der Coronavirus-Pandemie in Kenia. Die Welt-ernährungsorganisation WHO warnt davor, dass die Auswirkungen der Pandemie gemeinsam mit den Heuschreckenschwärmen, die im Norden Kenias schlüpfen, die Ernährungsgrundlage vieler Menschen gefährden könnten.

/ Anne Jung /

Dan, du arbeitest für Sodeca in Kenia und ihr setzt euch für die Verwirklichung der sozioökonomischen und kulturellen Rechte in Kenia ein. Ihr steht in engem Kontakt mit den ärmsten Menschen. Was sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Massnahmen für die armen und verwundbarsten Menschen im Land?

Dan Owala: Kenia erwartet 2020 einen Rückgang des prognostizierten Wachstums von 6,2 Prozent auf 3,4 Prozent. Zu den am stärksten betroffenen Sektoren gehören die Luftfahrt, das Gastgewerbe, der Tourismus und die Landwirtschaft. Der Exportsektor dürfte auch in Mitleidenschaft gezogen werden. Durch die Schliessung der Grenzen wurde der Handel, einschliesslich der kontinuierlichen Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aus Uganda und Tansania, beeinträchtigt und teilweise unterbrochen.

In dieser Gemengelage ist nicht verwunderlich, dass diejenigen, die schon vor Corona die schlechtbezahltesten Jobs hatten, nun besonders von den sozialen Folgen der Pandemie betroffen sind: Die Beschäftigten im informellen Sektor und die Gelegenheitsarbeiter und die Tagelöhner im formellen Sektor. Und mehr als 80 Prozent der KenianerInnen sind im informellen Sektor beschäftigt, die Mehrheit von ihnen sind Frauen. Sie sind es auch, die zusätzlich vom Anstieg der häuslichen und geschlechterspezifischen Gewalt betroffen sind.

Wie immer ist Armut das grösste Gesundheitsrisiko: Die meisten Familien in einkommensschwachen Gebieten, informellen Siedlungen und abgelegenen

Gegenden haben keinen Zugang zu grundlegender öffentlicher Versorgung wie Wasser und Hygiene, die Nahrungsmittelproduktion und -versorgung ist gestört, die Preise für Grundnahrungsmittel steigen schleichend an, was sich sowohl auf die Lebenshaltungskosten als auch auf Gesundheit und Ernährung auswirkt. Kein Wunder, dass die Menschen sich mehr Sorgen darüber machen, Essen auf den Tisch zu bringen, als um Covid-19. Allgemein herrscht eine grosse Hoffnungslosigkeit.

Wenn es um das tägliche Überleben geht, dann kann man sich Physical Distancing schlicht nicht leisten...

Genau. Es gilt, ein heikles Gleichgewicht zwischen der Eindämmung der Pandemie und der Kontinuität sozioökonomischer Aktivitäten zu halten. Wie soll Abstandhalten in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte funktionieren? In den Metropolen Nairobi und Mombasa sind die Gebiete mit niedrigem Einkommen sowie die Slums besonders von dieser schwierigen Situation betroffen, denn die Arbeit im informellen Sektor findet grösstenteils auf der Strasse statt.

Besonders für wirtschaftlich gefährdete Haushalte besteht ein höheres Risiko, sich mit dem Virus zu infizieren – aufgrund der räumlichen Enge und des fehlenden Zugangs zur Grundversorgung. Die bisher durchgeführten Corona-Massnahmen sind zwar isoliert betrachtet sinnvoll, haben jedoch die schwerwiegenden Auswirkungen auf die einkommensschwächsten Haushalte in Kenia, die dringend Unterstützung benötigen, nicht genügend berücksichtigt.

Kommt es deshalb zu Spannungen?

Die Ausgangssperre hat zu anhaltenden Zusammenstössen zwischen der Bevöl-

kerung und der Polizei geführt. Wer sich ohne Maske im öffentlichen Raum bewegt, wird kriminalisiert, ohne dass ausreichend Gesichtsmasken und andere Hilfsgüter für die Armen und Arbeitslosen zur Verfügung stünden. Die militärische Durchsetzung des Lockdown ist ein immenses Problem. Die kenianische Polizei hat mindestens sechs Menschen getötet und viele weitere geschlagen und genötigt, während sie eine von der Dämmerung bis zum Morgengrauen geltende Ausgangssperre durchsetzt. Die zunehmende Brutalität der Polizei ist nicht nur widerrechtlich, sondern auch kontraproduktiv im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus.

Welche Massnahmen müsste die Regierung ergreifen, um die Bevölkerung besser zu schützen?

Die Haushaltsmittel müssen umgeschichtet werden, um für die arme Bevölkerung Sicherheitsnetze bereitzustellen. Es bedarf einer Politik, die die städtischen Ballungsgebiete entlastet, um sicherzustellen, dass die Gesellschaft inmitten von sozialen Distanzforderungen und Reiseverboten weiterhin funktioniert. Investitionen in den Gesundheitssektor zur wirksamen Bekämpfung von Pandemien sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung.

Als Menschenrechtsorganisation kritisiert ihr schon lange, dass der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung nur wohlhabenden KenianerInnen möglich ist. Inwiefern wurde diese Ungleichheit durch Corona verschärft?

Der Ansatz zur Bekämpfung der Pandemie hat andere gesundheitliche Notfälle als Notfälle zweiter Klasse eingestuft. Schwangere Mütter, die während der Sperrstunde entbinden mussten, konnten nicht ins Krankenhaus gehen. Menschen mit chronischen Krankheiten haben grosse Schwierigkeiten beim Zugang zu medizinischer Versorgung in Gesundheitseinrichtungen.

Du kritisierst die Verwendung der Mittel aus dem Nothilfefonds der Weltbank.

Dan Owala ist Menschenrechtsaktivist und lebt in Nairobi. Er hat viele Jahre zu den aussergerichtlichen Hinrichtungen der Polizei gearbeitet, um Druck für eine Polizeireform aufzubauen. Er ist der landesweite Koordinator des People's Health Movement in Kenia, das sich für das Menschenrecht auf Gesundheit einsetzt. Seit 2020 arbeitet er für die NGO SODECA (Society of Development and Care), die sich für das Menschenrecht auf Gesundheit in marginalisierten Communities einsetzt.

Fortsetzung Seite 18



Fortsetzung von Seite 17

Die Prioritäten bei der Budgetzuweisung wurden falsch gesetzt. Die unkoordinierte Anmietung von Krankenwagen, die unkoordinierte Zuteilung von Tee und Snacks und der Druck von Quarantäneformularen sind unnütz, solange die armen KenianerInnen sich auf eigene Kosten in Quarantäne begeben müssen, sich auf eigene Kosten Masken kaufen müssen, gute Gesundheitsversorgung kostenpflichtig bleibt, sie ihre Jobs verlieren und auf eigene Kosten zu Hause bleiben müssen. Das vergrössert die soziale Schere.

Warum gibt es eigentlich in einem reichen Land wie Kenia keine funktionierende Gesundheitsstruktur?

Die Förderung globaler Partnerschaften als Vehikel zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs) untergräbt die Hauptverantwortung des Staates für die Gewährleistung der Menschenrechte, einschliesslich des Rechts auf Gesundheit. Die vom Weltwirtschaftsforum geförderte Beteiligung des Unternehmenssektors an Multi-Stakeholder-Partnerschaften «auf gleichberechtigter Basis» mit

Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen bietet die Möglichkeit, die Agenda im Bereich der öffentlichen Gesundheit unangemessen zu beeinflussen. Unternehmen können Partnerschaften entweder durch ihre Beteiligung an der Leitung von Partnerschaften oder durch ihre finanziellen Beiträge oder beides beeinflussen. Man muss klar sagen, dass der Rückgriff auf Multi-Stakeholder-Partnerschaften zur Erreichung der Ziele das Risiko bergen, die Profitgier der Unternehmen zu fördern.

Müsste da nicht die WHO als Regulativ eine Rolle spielen?

Das wäre sicher richtig, aber die WHO, die eine wichtige Institution zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen ist, leidet unter strukturellen Problemen, die sie anfälliger machen, von Unternehmen auf Kosten der öffentlichen Gesundheit und des öffentlichen Interesses beeinflusst zu werden. Auch wenn der Rahmen für das Engagement von nichtstaatlichen Akteuren (Framework of Engagement with Non-State Actors FENSA) einige Einschränkungen, insbesondere für den privaten Sektor, vorsieht, gibt es bei der Umsetzung der FENSA durch das Sekretariat Tretminen. Daher sind explizite

Schutzmassnahmen und eine ständige wachsame Überwachung und Anwaltschaft gegen den Einfluss von Unternehmen notwendig.

Das Interview führte **Anne Jung**, Gesundheitsreferentin von medico international. Übersetzung: Paul Richter.

Freitag, 2. Oktober 2020, 16.15 Uhr
Generationenhaus (neben dem Bahnhof) Bern

Verleihung des Prix Civiva 2020 an den Service civil international

Jährlich verleiht der Zivildienstverband CIVIVA einen Preis, um den Zivildienst stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Dieses Jahr wurde die Freiwilligenorganisation Service civil international SCI ausgewählt, die ihr 100-jähriges Jubiläum feiert. Die Laudatio wird alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss halten. Freier Zutritt.

www.civiva.ch, www.sci.org

25 Jahre nach dem Genozid von Srebrenica: Doku über Traumata der Überlebenden

Am 11. Juli 2020 jährte sich der Völkermord von Srebrenica zum 25. Mal. Zu diesem Anlass veröffentlichte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Deutschland die Dokumentation «Srebrenica: 25 Jahre nach dem Genozid sind Kinder und Frauen marginalisiert und noch einmal traumatisiert». Sie zeichnet ein Vierteljahrhundert des Leidens nach, das die Überlebenden seit dem Jahr 1995 erlitten haben. Sie behandelt das Trauma der betroffenen Generationen, die Leugnung des Genozids, die Vernachlässigung des westlichen Balkans durch die internationale Staatengemeinschaft und auch die anhaltende Zurückhaltung der Vereinten Nationen, sich ihren eigenen Defiziten zu stellen.

«Mit dieser Dokumentation gibt die GfbV den Überlebenden des Völkermordes eine Stimme», erklärt Christoph Wiedmer, Co-Geschäftsleiter der GfbV Schweiz. «Die Frauen und Kinder von Srebrenica, die ihre Väter, Ehemänner, Brüder und Söhne verloren haben, berichten uns und der Welt von ihren anhaltenden Traumata. Und sie erinnern uns an die historische Verantwortung, die daraus für uns alle erwächst.» Neben den Betroffenen äussern sich renommierte Fachleute aus der Genozidforschung, dem Völker- und Menschenrecht und der Psychologie, die das Geschehen analysieren und einordnen. Auch Angelina Jolie als Sonderbotschafterin für das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge kommt zu Wort. «Srebrenica ist auch ein

Beispiel dafür, wie die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen vor und während des Völkermordes 1995 tragische Fehler gemacht haben», erinnert Christoph Wiedmer. «Sie haben viel zu spät und dann unzureichend auf den Völkermord reagiert. 25 Jahre danach herrscht oft Ignoranz gegenüber den Problemen der Nachkriegsgeneration. Und auch die Leugnung dieses schrecklichen Genozids ist in weiten Teilen des ehemaligen Jugoslawien und weit darüber hinaus salonfähig geworden.»

Nach einer dreieinhalbjährigen Besatzung fiel im Juli 1995 die eingekesselte ostbosnische Enklave und damalige UNO-Schutzzone nach einer serbischen Grossoffensive in die Hände des serbischen Generals Ratko Mladić. Bei den Massenerschiessungen unter seinem Kommando und unter dem Befehl des Serbenführers Radovan Karadžić wurden mindestens 8372 Jungen und Männer sowie 571 Frauen getötet. Das UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verurteilte die beiden Verantwortlichen 2017 und 2019 zu lebenslänglichen Haftstrafen. Der Krieg und der Genozid in Bosnien waren in den 1990er Jahren angesichts der dramatischen Menschenrechtslage auch für die GfbV Schweiz die wichtigste Kampagne.

ETH zürich



Foto: Claudia Bühler

Buchpräsentation im Archiv für Zeitgeschichte [30.09.2020]

Kriegsmaterial im Kalten Krieg

Rüstungsgüter in der Schweiz zwischen Militär, Industrie, Politik und Öffentlichkeit

Im Kalten Krieg galt die Schweiz als ein der Neutralitätspolitik verpflichtetes Land, das sich für humanitäre Zwecke engagierte. Der genaue Blick auf die Geschichte der Rüstungsindustrie zeigt jedoch ein anderes, ambivalenteres, hochpolitisches und direkt mit weltweiten Konfliktagen verbundenes Bild. Die Schweiz agierte als exportorientierte Industrienation, verschifft weltweit Waffen und importierte militärisches Grossgerät. Ihre Kriegsmaterialpolitik wurde wesentlich vom internationalen Kalten Krieg bestimmt, war aber auch durch innenpolitische Faktoren beeinflusst. Vorstellungen von schweizerischer Autarkie und Unabhängigkeit trafen auf die konstitutive Abhängigkeit von westlichen Technologietransfers und ökonomischen Verflechtungen. Rüstungskontrolle und Kriegsmaterialexporte waren gesellschaftlich umkämpfte Themen, die von Auseinandersetzungen und Skandalen begleitet wurden.

Claudia Bühler ist eine St. Galler Fotografin und Künstlerin. Seit 2017 dokumentiert sie im Projekt «it's not science fiction» die Rüstungsindustrie in Deutschland und der Schweiz.

Monika Dommann ist Professorin für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen die Geschichte der Medien, der Wirtschaft, des Wissens und des Rechts.

Matthieu Leimgruber ist Professor für Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte an der Universität Zürich. Zurzeit leitet er ein Forschungsprojekt zur Kontextualisierung der Sammlung E. G. Bührle.

Sibylle Marti ist SNF-Stipendiatin und Lehrbeauftragte an der FernUniversität in Hagen. Sie hat eine Dissertation zur Geschichte der Strahlenforschung und des Strahlenschutzes in der Schweiz des Kalten Krieges verfasst.

Michael Olsansky ist Dozent für Militärgeschichte an der Militärakademie (MILAK) der ETH Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die vergleichende Geschichte der Kriegführung und der Streitkräfteentwicklung sowie die transnationale Wissensgeschichte des Militärs im Zeitalter der Weltkriege.

Archiv für Zeitgeschichte, Hirschengraben 62, 8001 Zürich

Datum
Mittwoch, 30. September 2020, 18:15-19:30 Uhr

Begrüssung
Daniel Nerlich (stv. Leiter Archiv für Zeitgeschichte)
Monika Dommann

«it's not science fiction»: Eine Topologie der deutschen und schweizerischen Waffenproduktion
Claudia Bühler

Schweizer Kriegsmaterial im Kalten Krieg: Einführung in den Band
Sibylle Marti

Podium
Monika Dommann (Moderation), Matthieu Leimgruber, Sibylle Marti und Michael Olsansky

Fragen aus dem Publikum / Apéro

Anmeldung erbeten
afz@history.gess.ethz.ch oder +41 44 632 40 03



Archiv für Zeitgeschichte

Abonnieren Sie den Newsletter des SFR

Seit einiger Zeit versenden wir unseren elektronischen Newsletter an interessierte Abonentinnen und Abonnenten, uns nahestehende Organisationen sowie Medien. Er erscheint viermal im Jahr, jeweils kurz vor der neuen **FRIEDENSZEITUNG**. Neben einem Hinweis auf Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe machen wir auch auf interessante Veranstaltungen und Themen, die uns am Herzen liegen, aufmerksam.

Der Newsletter hat ein gutes Echo gefunden. Wir würden ihn gerne allen Interessierten zustellen. Wenn Sie ihn künftig erhalten möchten, melden Sie uns doch Ihre E-Mail-Adresse. Sie wird garantiert nur für den Newsletter und nur alle drei Monate verwendet, damit Sie sich auf die neuste Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** freuen können. Bestellungen an info@friedensrat.ch

Skrupellose Geschäfte im Ausland

Am 29. November 2020 stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Konzernverantwortungsinitiative ab. Die Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Konzerne sollen für Schäden, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen, geradestehen. Zahlreiche Beispiele von skrupellosen Geschäftspraktiken von Konzernen wie Glencore beweisen immer wieder aufs Neue, wie nötig die Initiative ist.

/ Hannah Locher /

Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore macht immer wieder mit negativen Schlagzeilen auf sich aufmerksam. Korruptionszahlungen, Menschenrechtsverletzungen und gravierende Umweltzerstörung gehören offenbar zum Geschäftsmodell. In der peruanischen Stadt Cerro de Pasco beispielsweise sind Luft und Wasser mit Schwermetallen vergiftet. Glencore kontrolliert hier die Minengesellschaft Volcan, welche zu den weltweit grössten Produzentinnen von Zink, Blei und Silber gehört.

Die Mine produziert zu den niedrigsten Kosten der ganzen Branche. Den Preis dafür zahlen die Menschen mit ihrer Gesundheit. Die Mine führt zu einer extremen Umweltverschmutzung durch Blei, Arsen und viele weitere Schwermetalle. Alles ist vergiftet: die Luft, der Boden, das Wasser. Die Lebenserwartung der EinwohnerInnen ist fünf Jahre tiefer, die Kindersterblichkeit höher als in anderen peruanischen Städten. Gerade für die Kinder haben die Bleivergiftungen dramatische Folgen: Sie führen zu Blutarmut, Behinderungen und Lähmungen. Die Konzernverantwortungsinitiative fordert, dass Glencore für diese Verschmutzungen und Vergiftungen geradestehen muss.

LarfargeHolcim gefährdet Menschen mit Zementstaub

In Ewekoro, im äussersten Südwesten Nigerias, betreibt der Schweizer Konzern LafargeHolcim eine grosse Zementfabrik. Die Feinstaubbelastung ist extrem hoch: Durch die Zementproduktion im Werk und auch durch die Sprengungen im nahe gelegenen Steinbruch lagert sich

der Zementstaub überall ab: auf dem Boden, auf den Dächern der Häuser, an deren Wänden. Selbst die Kleider, die zum Trocknen aufgehängt werden, sind nach kurzer Zeit voller Zementstaub. Auch in das Wasser, das die Menschen in Ewekoro zum Kochen und als Trinkwasser brauchen, gelangt der Staub.

Bei den BewohnerInnen, die in Ewekoro leben und sich tagein, tagaus in dieser Atmosphäre bewegen, führt der viele Staub zu zahlreichen, irreversiblen Gesundheitsschäden. Atemwegsbeschwerden, teils massive Schäden an Leber, Lunge oder Milz und Augenprobleme findet man bei vielen Menschen in Ewekoro und in der weiteren Umgebung des Werks. Die anhaltende Staubbelastung führt zu chronischen Beschwerden an verschiedenen Stellen im Körper und damit zu multisystemischen Krankheitsbildern, die nur sehr schwer zu behandeln sind. Die Konzernverantwortungsinitiative will solche verantwortungslosen Geschäftspraktiken stoppen.

Initiative fordert, dass Konzerne für Schäden geradestehen

Die Manager grosser Konzerne wissen genau, wo ihre Geschäfte mit den Menschenrechten im Konflikt stehen. Doch anstatt auf hochproblematische Geschäfte zu verzichten, werden lieber gutdotierte «Corporate Social Responsibility»-Abteilungen bezahlt. Dabei geht es in manchen Fällen um reine Imagepflege, statt dass die wirklichen Probleme gelöst werden. Unternehmensgewinn zählt in manchen Konzernzentralen mehr als der Schutz von Mensch und Umwelt.

Die Konzernverantwortungsinitiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Konzerne sollen für verursachte Schäden geradestehen müssen und in Zukunft für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen haften, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen. Die Initiative greift mit der zivilrechtlichen Haftung auf ein bewährtes Mittel des Schweizer Rechts zurück. Betroffene sollen die Möglichkeit erhalten, in der Schweiz auf Wiedergutmachung zu klagen. Sie müssen dafür beweisen, dass der Konzern mit Sitz in der Schweiz für den Missstand verantwortlich ist. Wenn

die Schweizer Konzernzentrale angemessene Schritte ergriffen hat, um den Schaden zu verhindern, wird die Klage abgewiesen.

In vielen anderen Ländern ist längst Tatsache, was die Initiative für die Schweiz fordert. So laufen in den Niederlanden, in Kanada oder in Grossbritannien bereits heute Gerichtsprozesse gegen Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen ihrer Tochterfirmen. Die Einhaltung von Menschenrechten und anerkannten Umweltstandards ist nicht die dreiste Forderung einiger Realitätsfremder: Sie entspricht dem internationalen Konsens darüber, was richtig und anständig ist.

Wie können geschädigte Opfer Wiedergutmachung erlangen?

Mit der Initiative können Betroffene in der Schweiz vor einem Zivilgericht auf Schadenersatz klagen und eine finanzielle Kompensation für den erlittenen Schaden einfordern. Die Beweislast liegt dabei bei der geschädigten Person. Sie muss aufzeigen, dass sie einen Schaden erlitten hat, dieser widerrechtlich (Verstoss gegen Menschenrechte oder internationale Umweltstandards) entstanden ist, der Konzern dafür verantwortlich ist und der Konzern die entsprechende Tochterfirma kontrolliert. Kann die geschädigte Person alle diese Punkte nachweisen, bleibt dem Konzern die Möglichkeit, sich aus der Haftung zu befreien. Er muss nachweisen, dass er die Verantwortung gegenüber seiner Tochterfirma wahrgenommen hat, also alle nötigen Instruktionen und Kontrollen durchführte.

Die KMU-Lüge

Die Schweizer Bevölkerung hat wenig Verständnis für das Geschäftsgebaren von Glencore und Co. Das hat auch die Konzernlobby verstanden. Die GegnerInnen der Initiative setzen deshalb auf ein Ablenkungsmanöver. Sie behaupten, dass KMU von der Initiative betroffen seien. Das ist falsch. Der Initiativtext schreibt vor, dass KMU ausgenommen werden. Denn kaum ein KMU besitzt Tochtergesellschaften oder kontrolliert Unternehmen im Ausland. Die Initiative richtet sich gegen die Verantwortungslo-



Cerro de Pasco (Peru): Glencore-Mine versucht Kinder mit Schwermetallen

sigkeit von internationalen Grosskonzernen wie Glencore oder Syngenta. Es gilt, aufzupassen und sich von der millionenschweren Nein-Kampagne nicht das Gegenteil einreden zu lassen.

Das Parlament stellt der Initiative einen zahnlosen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Konzerne wie Glencore und Syngenta sollen nicht für angerichtete Schäden geradestehen müssen, sondern nur einmal im Jahr eine Hochglanzbroschüre veröffentlichen – oder erklären, wieso sie das nicht tun. Dieser Gegenvorschlag ist ein von langer Hand geplantes Täuschungsmanöver. Die Konzernlobby will damit der Bevölkerung im Abstimmungskampf vorgaukeln, dass die Politik gegen die Mächtschaften der Grosskonzerne vorgeht, obwohl das Gegenteil der Fall ist.

Breite Unterstützung aus Wirtschaft und Kirchen

Die meisten Schweizer Konzerne sind von der Initiative nicht betroffen, weil sie anständig arbeiten. Einige skrupellose Konzerne setzen sich jedoch über Umweltstandards hinweg und ignorieren Menschenrechte. Sie verschaffen sich Konkurrenzvorteile durch Verantwortungslosigkeit. Das zu unterbinden

fordert die Konzernverantwortungsinitiative, die immer grössere Unterstützung erfährt.

Neben über 130 NGOs aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft unterstützt auch das «Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen» mit über 240 Mitgliedern die Initiative. Auch das «Bürgerliche Komitee für Konzernverantwortung» mit über 270 bürgerlichen PolitikerInnen setzt sich für die Initiative ein, und die Kirche steht geschlossen hinter dem Anliegen: Die beiden höchsten Gremien der Schweizer Landeskirchen – die Schweizer Bischofskonferenz sowie die Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz – haben sich für die Initiative ausgesprochen und setzen sich mit zahlreichen weiteren kirchlichen Gremien, Organisationen und Persönlichkeiten mit «Kirche für Konzernverantwortung» für die Initiative ein.

350 Lokalkomitees der Initiative

Auch auf lokaler Ebene wächst die Unterstützung für die Initiative: Freiwillige haben in der ganzen Schweiz über 350 Lokalkomitees gegründet, die sich in ihrer Gemeinde für das Anliegen einsetzen. Mit Infoveranstaltungen und Standaktionen informieren die Lokal-

komitees die Bevölkerung über die Hintergründe der Initiative. Die unzähligen orangen Fahnen, die inzwischen in der ganzen Schweiz hängen, zeigen deutlich, dass viele Menschen hinter dem Anliegen der Konzernverantwortungsinitiative stehen. Bis zur Abstimmung gilt es aber, noch viel mehr Menschen zu informieren und zu mobilisieren.

Grosse Mobilisierungsaktion

Um gegen die Millionenkampagne der Konzernlobby eine Chance zu haben, planen die InitiantInnen die grösste Mobilisierungsaktion, die es in der Schweiz je gegeben hat! Mit 500'000 handgeschriebenen Postkarten wollen sie eine halbe Million Stimmberechtigte daran erinnern, JA zu stimmen, sobald die Abstimmungsunterlagen kommen. Unter www.konzern-initiative.ch/versprechen-fuer-den-abstimmungskampf/ können alle ihr Postkarten-Versprechen für die Abstimmungskampagne abgeben.

Jetzt eine Fahne oder ein Velodreieck bestellen und die Initiative sichtbar machen: www.konzern-initiative.ch/kampagnenmaterial.

Hannah Locher arbeitet auf dem Sekretariat der Konzernverantwortungsinitiative.

75 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Am 9. August 2020 wurde im Dunant-Museum in Heiden AR die Peace-Bell im Gedenken an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren geläutet. Marzhan Nurzhan, Vizedirektorin des Basel Peace Office, hielt dabei eine eindrückliche Rede, die wir hier gekürzt dokumentieren.

/ Marzhan Nurzhan /

Um die Verlorenen oder die direkt von der Tragödie Betroffenen zu ehren, möchte ich mit dem Augenzeugenbericht des Hibakusha (Überlebende der Atombombenabwürfe auf Japan 1945) Yasuaki Yamashita beginnen, der uns in die Zeit zurückversetzt:

«Als die Atombombe am 9. August 1945 auf Nagasaki fiel, war ich sechs Jahre alt und lebte dort mit meiner Familie in einem typischen japanischen Holzhaus mit verschiebbaren Innenwänden (shoji) und Glasfenstern. Normalerweise ging ich an einem heissen Sommertag mit Freunden in die Berge, um Libellen zu fangen. An diesem Tag spielte ich jedoch zu Hause. Meine Mutter machte gerade Mittagessen. Plötzlich, um genau 11.02 Uhr, wurden wir von einem Licht geblendet. Es war wie 1000 Blitze gleichzeitig. Meine Mutter warf mich zu Boden und bedeckte mich mit ihrem Körper. Draussen klang es wie ein sehr starker Wind, Teile des Hauses stürzten über uns ein. Dann war es still.

Unser Haus war 2,5 Kilometer entfernt vom Epizentrum. Meine Schwester, die in einem anderen Raum des Hauses

war, bekam herumfliegende Glassplitter ab. Ein Spielkamerad, der an diesem Tag auf den Berg ging, war der grossen Hitzewelle ausgesetzt, die durch die Detonation der Bombe verursacht wurde. Sein Körper wurde schwer verbrannt, er starb einige Tage später. Mein Vater wurde eingezogen, um beim Aufräumen der Zerstörungen im Zentrum von Nagasaki zu helfen. Damals wussten wir noch nichts von den Gefahren der Strahlung, die später seinen Tod verursachen würde.

Die Atombombe hatte das Zentrum von Nagasaki in ein Todesinferno und in eine Wüste verwandelt. Kommunikation und Transport waren gestört. Es gab keine Nahrungsmittel in der Stadt, wir waren am Verhungern. Eine Woche nach der Explosion liefen wir durch die Trümmer des Stadtzentrums, wo es immer noch brannte. Auf unserem Weg aufs Land, wo Verwandte das bisschen Essen, das sie hatten, teilten. Einige Jahre später arbeitete ich im Atombombenkrankenhaus von Nagasaki. Es war sehr schmerzhaft zu sehen, dass die Überlebenden immer noch unter den Folgen der Verbrennungen und der Strahlung litten.»

Das atomare Erbe Kasachstans

Das Wissen und die Erfahrung dieses Vorfalls können uns helfen, für die Gestaltung einer besseren Gegenwart und Zukunft zu lernen. Ich möchte ein Beispiel aus der Geschichte meines Heimatlandes Kasachstan erzählen. Das nukleare Erbe Kasachstans ist ein Hauptgrund für mein Engagement für den Frieden und meine Leidenschaft für die nukleare Abrüstung.

Mein Land erlebte in der Zeit der Sowjetunion von 1949 bis 1989 die Schrecken von 460 Atombombentests, die in vier Jahrzehnten durchgeführt wurden. Die Folgen dieser Tests führten zu einer humanitären Tragödie, von der fast zwei Millionen Menschen betroffen waren und die transgenerationelle Auswirkungen auf die Gesundheit, Umweltschäden, sozioökonomische Verluste und Stagnation im östlichen Teil Kasachstans auf dem Atomtestgelände Semipalatinsk oder dem Semey-Polygon verursachte. Das Gebiet des Polygons entspricht der Grösse Israels.

Trotz der sowjetischen Herrschaft und des Einflusses auf die Durchführung von Atomtests führte die von dem Dichter Olzhas Suleimenov geführte Anti-Atomkraftbewegung «Nevada-Semey» friedliche, gewaltfreie Aktionen durch, bei denen die Schliessung des Polygons und die Einstellung der Tests gefordert wurden. Diese Bewegung verwandelte sich in eine globale Kampagne, die Menschen weltweit einbezog und insbesondere die Bevölkerungen vereinte, die in Nevada, nahe einem Atomtestgelände in den USA, und in Serney in Kasachstan ansässig sind – beide sind der Strahlung ausgesetzt, haben erhöhtes Krebsrisiko oder andere schwere gesundheitliche Probleme und haben teilweise ein erhöhtes Sterberisiko in jüngeren Jahren. Diese humanitären Folgen werden noch viele Jahre und Generationen überdauern.

Auswirkungen auf Frauen und Kinder

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Auswirkungen von Atomwaffen auf Frauen und Kinder schwerwiegender sind als auf Männer. Die meisten Frauen haben aufgrund des hohen Strahlungsniveaus Schwierigkeiten, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen, und Neugeborene haben neben den Missbildungen auch ein erhöhtes Sterberisiko aufgrund dieser Missbildungen.

Die Jugend und unsere Kinder sind die kommenden Generationen. Wir stehen vor zwei globalen Herausforderungen: Dem Klimawandel und leider immer noch den Atomwaffen. Diese Herausforderungen werden vererbt, die Folgen müssen wir tragen. Daher ist es notwendig, junge Menschen dazu zu bewegen, diese Fragen in der Gegenwart und mit der heutigen Generation anzugehen, um den Planeten zu schützen und zu retten und die Abschaffung der Atomwaffen zu erreichen, indem sichergestellt wird, dass heutige und künftige Generationen auf einer nachhaltig bewohnbaren Erde und einer sichereren Welt ohne Atomwaffen leben.

Das Netzwerk Abolition 2000

Abolition 2000 ist ein internationales Netzwerk von 1000 Organisationen und vielen Einzelpersonen, die sich für ein



weltweites Verbot und die Abschaffung von Atomwaffen einsetzen. Es bietet ein Forum für den Informationsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Initiativen und Kampagnen. Ich leite das Jugendnetzwerk im Rahmen von Abolition 2000. Es ist ein Forum für die Vernetzung und den Aufbau von Zusammenarbeit zwischen verschiedenen von Jugendlichen geleiteten Initiativen zur nuklearen Abrüstung. Es bietet Jugendlichen die Möglichkeit, sich mit dem Frieden und nachhaltiger Entwicklung befassen. Die Arbeitsgruppe bietet auch eine Brücke zwischen der Jugend und anderen Aktionen und Initiativen im Rahmen von Abolition 2000, um zusammenzuarbeiten.

Schlussfolgerung

Trotz der Bombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren besteht aufgrund des nach wie vor vorhandenen riesigen Atomwaffenarsenals immer noch die Gefahr eines Atomkriegs. Nichtsdestotrotz gibt es Initiativen einiger Länder, die eine führende Rolle bei der nuklearen Abrüstung und der Humanität übernehmen, unter denen ich Kasachstan und die Schweiz erwähnen möchte, die beide Mitglieder der Stockholmer Initiative sind. Diese bietet den schweizerischen und kasachischen Organisationen die Möglichkeit, mit ihren Regierungen zusammenzuarbeiten, um Massnahmen zur nuklearen Risikominderung und Abrüstung voranzubringen.

Die Initiative wurde von der schweizerischen Aussenministerin Margot Wallström ins Leben gerufen. Sie hat in Stockholm ein hochrangiges Treffen von Ministern, meist Aussenministern, aus einer zuverlässigen Gruppe von Ländern mit viel Potenzial veranstaltet, um die Aufmerksamkeit der Politik auf nukleare Risiken zu lenken und, um der Erfüllung der Verpflichtungen zur nuklearen Abrüstung des Atomwaffensperrvertrags neues Leben einzuhauchen.

In diesem Sinne muss hinzugefügt werden, dass es notwendig ist, die jüngere Generation für die bestehenden Risiken zu sensibilisieren und darüber aufzuklären, indem die Zusammenarbeit zwischen den Generationen gefördert wird, sodass Wissen und Erfahrungen in die Zukunft weitergegeben werden und die Öffentlichkeit dafür sensibilisiert wird, Massnahmen zu ergreifen, indem sie sich an die Vergangenheit erinnert. Aber auch, indem sie jetzt handelt, um eine Zukunft ohne Atomwaffen und Atomtests anzustreben.

**75
JAHRE**

Hiroshima und Nagasaki mahnen.

Für das UN-Atomwaffenverbot



Hiroshima und Nagasaki: «Menschen wie Insekten vernichtet»

Am 9. August fand im Dunant-Museum in Heiden AR eine Gedenkfeier für die Opfer des Atombombenabwurfes vor 75 Jahren statt. «Es ist kaum zu glauben, dass die Menschheit es noch nicht geschafft hat, sich von der Geisel der Atomwaffen zu befreien», heisst es im Grusswort, das von der Gemeinde und den Kirchgemeinden Heiden, dem Dunant-Museum, den Ärzten zur Verhütung eines Atomkrieges und dem Schweizerischen Friedensrat unterzeichnet ist. Nach Rede und Musik wurde die Friedensglocke geläutet, ein Geschenk aus Nagasaki, deren Original den Feuerturm am 9. August 1945 überlebt hat.

Hiroshima und Nagasaki waren nicht ein zwar tragisches, aber unabwendbares historisches Ereignis, sondern ein Kriegsverbrechen. Stationierung, Besitz und Drohung mit der Atombombe müssen geächtet und verboten werden. Das ist das Ziel des UNO-Atomwaffenverbotsvertrages von 2017. Noch haben ihn nicht 50 Staaten unterzeichnet, damit er in Kraft treten kann (aktuell sind es 44 Staaten). Der Bundesrat wurde an der

Gedenkfeier aufgefordert, den Vertrag endlich auch zu unterschreiben, so wie es Parlament, Friedensbewegung und ein Städteappell (darunter auch St. Gallen) verlangen.

Die Filmemacherin Aya Domenig («Als die Sonne vom Himmel fiel») hatte uns am Bodensee-Friedensweg 2016 in Romanshorn vom japanischen Arzt Dr. Hida berichtet, der die Auswirkungen des Atombombenabwurfs erforscht und überlebende Opfer behandelt hat. In Hiroshima und Nagasaki sind über 200'000 Menschen «wie Insekten vernichtet worden». Von den amerikanischen Besatzern sei ihnen verboten gewesen, die Symptome der Verstrahlung zu erforschen und darüber zu publizieren. Niemand sollte erfahren, dass die Strahlung auch sehr viele krank machte, die erst später verseuchte Nahrung zu sich nahmen oder an einem entfernten Ort radioaktive Partikel einatmeten. Er werde für den Schutz des Menschenlebens kämpfen, so lange ihn die Füsse tragen.

Arne Engeli

Die Bombe, das Menschheitsmenetekel

Anlässlich des 75. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf die japanische Hafenstadt Hiroshima ist eine 472 Seiten umfassende Graphic Novel eines französischen Autorenteams erschienen. Sie erzählt in eindrücklichen Bildern die gut recherchierte Geschichte der Atombombe.

/ Peter Weishaupt /

«Am Anfang war das Nichts. Doch dieses Nichts enthielt bereits alles ... Dann trat das Leben auf den Plan, entwickelte sich, Schritt voran. Das betraf mich nicht ... Doch ahnte ich, dass diese seltsamen Kreaturen, aufrecht auf ihren zwei Beinen, eines Tages das Werkzeug meiner Bestimmung sein würden ... Dass sie eines Tages diese Energie entfesseln würden, die in mir pochte, toste, brodelte. Doch wann? Und wie?»

Zwei Szenaristen und ein Zeichner

Wer da so mythisch als Ich-Erzähler raunt und zu uns über die menschliche Naturaneignung spricht, ist nicht der Schöpfer des Universums und der Erde selbst, sondern ein Metall namens Uran, dessen sämtliche Isotope radioaktiv sind und das das einzige natürlich vorkommende Nuklid ist, mit dem eine selbst-

erhaltende Kernspaltungs-Kettenreaktion möglich ist. Weshalb es seit dieser Entdeckung im Jahre 1938 erst als Primärenergieträger für Atombomben und bald darauf auch für die «zivile» Atomnutzung dient.

Die zwei französischen Szenaristen Didier Alcante und Laurant-Frédéric Bollée haben fünf Jahre lang gründlich recherchiert, wie sie im Nachwort ausführen. «Von Beginn an waren wir uns einig, dass das Thema unter historischen wie wissenschaftlichen Gesichtspunkten höchste Sorgfalt erforderte. Ob es da nun um Fakten ging, Daten, Personen oder Örtlichkeiten, Bauten, Fahrzeuge, Uniformen ... alles wurde wieder und wieder überprüft ... Eine der grössten Schwierigkeiten des Projekts war, komplexe Teile der Kernphysik zu verstehen und nachvollziehbar wiederzugeben». Dann kam der Zeichner Denis Rodier zum Zuge, dessen ausdrucksstarke, realistische und detailreiche Schwarz/Weiss-Zeichnungen kraftvoll ausstrahlen.

Die Wissenschaft und Politiker, die die Bombe ermöglichten

Der schwere Band (er wiegt 1,689 Kilogramm...) erzählt chronologisch die Entwicklung der Bombe von der Idee zur Produktion bis zu deren Einsatz in einer spannenden Mischung von History-Thriller und Dokumentar-Comic. Dabei sind die wichtigsten Wissenschaftler, Physiker, Chemiker und Ingenieure anzutreffen, die zur technischen Entwicklung der ersten Bombe beitrugen, so Edward Teller oder Enrico Fermi. Und natürlich auch Politiker wie Franklin Delano Roosevelt oder Harry Truman.

Neben dem eher als Zweifler erscheinenden Albert Einstein oder dem Leiter des geheimen Manhattan-Projekts Robert Oppenheimer tritt auch der weniger bekannte Physiker und Molekularbiologe Leó Szilárd auf, der schon früh keinerlei Illusionen über die Nazis hatte und 1933 den Entschluss fasste, seine Theorien zur Kernfusion nicht ihnen zu überlassen, sondern nach Amerika mitzunehmen – und der am Ende verzweifelt versuchte, deren furchtbaren Einsatz in Japan zu verhindern.

Die weite Landschaft der Produktion

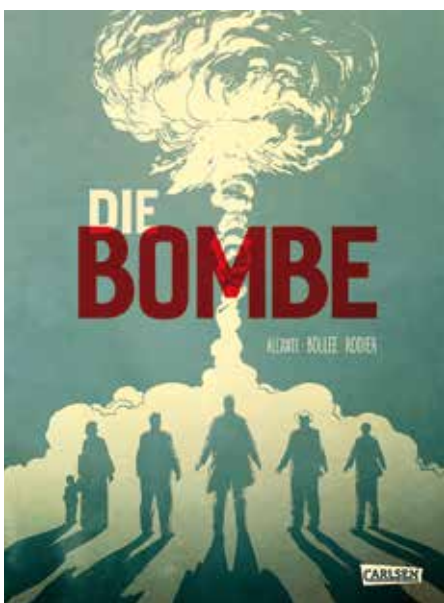
Der Band verzichtet bewusst auf zu viele schreckliche Bilder der Zerstörungskraft der Bombe und deren Auswirkungen auf die japanische Bevölkerung, sondern erzählt in eher ruhigen Bildern von den Gesprächen der Protagonisten oder zeigt Planungen in Büros und den Aufbau der Produktionskapazitäten. Eine wichtige Rolle unternimmt General Leslie R. Groves als oberster militärischer Entscheidungsträger des Manhattan-Projekts, der unter strengster Geheimhaltung für die riesige Forschungsanlage Los Alamos National Laboratory in Los Alamos bei Santa Fé, New Mexico all die erwähnten Wissenschaftler rekrutierte.

Groves setzte die Fachkräfte an weiteren von ihm neu etablierten Forschungsanlagen ein, etwa am Oak Ridge National Laboratory westlich von Knoxville, Tennessee, wo die Uran-Aufbereitung mit Abtrennung des spaltbaren Isotops ²³⁵U mittels Gas-Diffusion entwickelt wurde oder am Forschungszentrum Hanford Site bei Pasco, Washington, wo spaltbares Plutonium ²³⁹Pu in speziell entwickelten Reaktoren «erbrütet» wurde.

War das das Ende der Geschichte, oder hat sie erst begonnen?

Gezeigt bzw. erzählt werden aber auch Geschichten wie der Einsatz von englischen Widerstandskämpfern bei Sabotageaktionen des norwegischen Vemork-Wasserkraftwerks, die verhindern sollten, dass die Deutschen an das für die Atombombe nötige Schwerwasser herankamen. Auch werden neben dem Kriegsalltag von einfachen Japanern auch die brutalen militärischen Einsätze der japanischen Imperialisten nicht unterschlagen, die Asien ins Elend gestürzt hatten und die noch monatelang nach dem Ende des Krieges in Europa ihr Unwesen trieben.

«Die Bombe» ist in vieler Hinsicht ein detailliertes, nichtideologisches «Sachbuch», das vor allem auch für jüngere Leserinnen und Leser nicht nur wegen der Bildsprache ansprechend sein dürfte. Der mythische Ich-Erzähler beendet seine Geschichte im Übrigen mit der Frage: «Glauben Sie, meine Geschichte ist zu Ende? Oder hat sie womöglich erst begonnen?»



Didier Alcante, Laurent-Frédéric Bollée, Denis Rodier: **Die Bombe**. Carlsen Verlag, Hamburg 2020, 472 Seiten, Fr. 63.90.



GLUT, ICH DENKE, WIR KÖNNEN ZUM ENDE KOMMEN. WIR HABEN ALSO ZWEI ZIELE, DIE BESONDERS HERAUSSTECHEN UND DENEN WIR DEN STATUS »DOPPEL-A« ZU-WEISEN.

ZUNÄCHST EINMAL KYOTO. EINE MILLION EINWOHNER, EHEMALIGE HAUPTSTADT JAPANS. VIELE NACH DER ZERSTÖRUNG ANDERER GEBIETE DORTHIN VERLEGTE INDUSTRIE.

IN PSYCHOLOGISCHER HINSICHT MIT DEM VORTEIL, EIN INTELLEKTUELLES ZENTRUM ZU SEIN, WO DIE LEUTE EHER FÄHIG SIND, DIE BEDEUTUNG EINER WAFFE WIE UNSERES »GADGETS« EINZUSCHÄTZEN!

DANN HIROSHIMA. EIN BEDEUTENDER MILITÄRSTÜTZPUNKT UND EINSCHIFFUNGSHAFEN INWITTEN EINES URBANEN INDUSTRIEGEBIETS. HIROSHIMA BEHERBERGT DIE HAUPTQUARTIERE DER 5. DIVISION SOWIE DER 2. ARMEE, DIE FÜR DIE VERTEIDIGUNG DES SÜDLICHEN JAPANS VERANTWORTLICH SIND. 40.000 SOLDATEN SIND DORT STATIONIERT.

ES IST SO GROSS, DASS EIN BETRÄCHTLICHER TEIL DER STADT SCHWER BESCHÄDIGT WÜRDÉ. UM SO MEHR, ALS SIE INWITTEN VON HÜGELN LIEGT, WAS EINEN KONZENTRATIONEFFEKT BEWIRKEN UND DIE ZERSTÖRUNGSKRAFT DER DETONATION BEDEUTEND VERSTÄRKEN KÖNNTE!

NIIGATA

YOKOHAMA

KYOTO

HIROSHIMA

KOKURA

UND SO EMPFEHLEN WIR NEBEN DIESEN ZWEI BEVORZUGTEN ZIELEN AUCH NOCH YOKOHAMA UND DIE RÜSTUNGSFABRIK VON KOKURA, BEIDE MIT STATUS »EINFACH-A«, UND SCHLIESSLICH NIIGATA MIT STATUS »B«.



DAS WÄRE ES DANN, MEINE HERREN. DANKE.

Überwachung in Kolumbien

Die Bekämpfung des Corona-Virus ermöglicht in vielen Ländern eine stärkere Kontrolle der BürgerInnen. Germán Romero, kolumbianischer Anwalt und Menschenrechtsverteidiger, spricht im Beitrag mit Sophie Helle über die Vereinbarkeit von staatlichen Überwachungspraktiken mit einem demokratischen System und was das verstärkte Sammeln von Daten für ihn persönlich bedeutet.

/ Sophie Helle /

«Die Folgen der ununterbrochenen Sammlung unserer Daten, mit der wir jeden Tag leben, sind nicht zu unterschätzen. Die ständige Überwachung hat für den «Normalbürger» keine lebensbedrohlichen Konsequenzen. Doch für BürgerInnen, die Menschenrechtsoffer vertreten und für Gerechtigkeit kämpfen, ist die umfassende Datensammlung nicht nur eine umstrittene Massnahme, sondern stellt eine echte Gefahr für die persönliche Sicherheit dar.»

Germán Romero, Anwalt und kolumbianischer Menschenrechtsverteidiger (MRV), lebt schon lange mit diesem Risiko. Ihm zufolge war die Sammlung von Daten über kolumbianische Bür-

gerInnen schon immer ein Mittel zur Überwachung, Kontrolle und gegebenenfalls Verfolgung von regierungskritischen Personen. Die gesammelten Informationen stehen dem Nachrichtendienst, der Polizei, anderen staatlichen Sicherheitsbehörden und sogar privaten Unternehmen zur Verfügung.

Ein ausspionierter Alltag

Germán Romero arbeitet bei der Menschenrechtsorganisation DH Colombia. Er vertritt Opfer in Strafverfahren gegen Beamte und hohe Offiziere der kolumbianischen Armee. Diese Arbeit hat Folgen für den Anwalt. 2019 erhielt Romero verdächtige Telefonanrufe, wurde nach einer Anhörung verfolgt und erhielt eine Morddrohung. Ausserdem wurde sein Computer mit vertraulichen Informationen zu verschiedenen Fällen gestohlen. «Die Art meiner Arbeit bringt Belästigung und Verfolgung mit sich. Deshalb ist es nötig, dass ich mit Daten sorgfältig umgehe, seien es meine persönlichen oder berufliche Informationen», sagt Romero. Das gehöre einfach dazu. Aufgrund seiner Bedrohungslage wird Germán Romero von Peace Brigades International (PBI) begleitet. Die internationale NGO ist auf den Schutz von MRV spezialisiert. Dies geschieht einerseits durch physischen Begleitschutz, den internationale Freiwilligenteams leisten, andererseits durch nationale und internationale Advocacy- und Sensibilisierungsarbeit.

Wiederholte Überwachungsskandale

Skandale zum Thema Überwachung habe es in Kolumbien schon viele gegeben und wird es auch weiterhin geben, so Romero. 2009 wurde der Skandal der «Chuzadas» aufgedeckt, eine politische und soziale Einschüchterungstaktik gegen Oppositionsmitglieder. Dabei wurden die Telefone von JournalistInnen, Beamten, GewerkschafterInnen, AkademikerInnen und MRV illegal überwacht und abgehört. Im Mai 2020 deckte die Zeitschrift *Semana* einen neuen grossen Überwachungsskandal auf. Einheiten der kolumbianischen Armee hatten Cyberespionage an über 130 Bürgern betrieben, 52 davon arbeiteten als JournalistInnen.

Auch wenn sich solche Geschichten dauernd wiederholen, hören sie nicht auf, Angst und Unsicherheit auszulösen. Romero: «Ich bin sicher, dass ich Gegenstand von Geheimdienstspionage und militärischer Gegenspionage war. Aber es ist eine Sache, dies zu wissen, ohne es auf Dokumenten zu lesen, und eine andere, wenn man seinen Namen in einem Geheimdienstbericht sieht. Es ist eine ständige Quelle der Angst.»

Das Friedensabkommen versus die internen Konflikte Kolumbiens

Obwohl Kolumbien 2016 offiziell ein Friedensabkommen unterschrieb, ist das Land noch weit von Frieden entfernt. Seit der Unterzeichnung vor vier Jahren beobachtet PBI, dass kriminelle bewaffnete Gruppen weiterhin aktiv sind, die Zahl der Angriffe auf und Ermordungen von MRV rasant steigen und illegale Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung nach wie vor stattfinden. Laut Romero müsste die kolumbianische Gesellschaft einen tiefgreifenden strukturellen Wandel durchlaufen, um die vielen Formen täglicher Gewalt nachhaltig abzuwenden.

Die Corona-Krise hat die grossen sozialen Unterschiede in der Bevölkerung noch sichtbarer gemacht. PBI ist besonders besorgt darüber, dass sich viele illegale Gruppierungen und Unternehmen nicht an die Ausgangssperre halten. Sie verfolgen ihre Ziele, ohne dass AktivistInnen und Gemeinschaften ihnen entgegenwirken oder sich schützen können. MRV und Gemeinden sind momentan physisch isoliert und erhalten häufig keine staatliche Unterstützung; die Corona-Massnahmen machen sie also noch verletzlicher. «Indem MRV ihre Arbeit nicht vor Ort ausüben dürfen, wird der Leitsatz «Quédate en casa» (Bleiben Sie zu Hause) totalitär und gibt Raum für Repression, Verfolgung, Überwachung und aussergerichtliche Hinrichtungen», so Romero.

Freier Markt für Nachrichtendienste

Dabei betont der Kolumbianer, dass das Land eine lange Tradition von VerteidigerInnen und sozialen FührerInnen hat, die die Garantie der Menschenrechte einfordern. Romero glaubt jedoch, dass

Ab September in den Kinos:

«Volunteer»

«Volunteer» ist ein Film über die Basisbewegung einfacher Schweizer Bürger, die aufbrechen, um Tausenden in Griechenland gestrandeten Flüchtlingen zu helfen. In der reichen und sicheren Schweiz lassen Bürger mit unterschiedlichen Hintergründen ihr geordnetes Leben zurück, um Menschen in Not zu unterstützen. Da ist ein Schweizer Bauer und seine Frau, die Kühe in den Alpen züchten, ein Hauptmann der Schweizer Armee, eine Pensionärin, die am Seeufer residiert, und ein erfolgreicher Komödiant und Entertainer. Diese Freiwilligen begehen sich auf ein Abenteuer, das ihr Leben für immer verändern wird.



Demonstration anlässlich des Frauentags, März 2019, Kolumbien. (Bild: Sophie Helle)

«wir während dieser Pandemie in den Spiegel geschaut und verängstigte Gesichter gesehen haben. Wir sind stehen geblieben und haben es vorgezogen, diesen Irrsinn von Übergangsjustizmechanismen zu verfolgen, Webinare und Meinungsforen zu veranstalten. Doch wir sind nicht dort, wo wir sein sollten; bei der Begleitung von Menschen, die unter der Verletzung ihrer Rechte leiden. (...) Es herrscht viel Angst. Ich verstehe nicht, wie wir ein Friedensabkommen unterzeichnet haben, wie wir ein demokratischer Staat sein sollen, wenn die einzige Emotion, die wir empfinden, Angst ist.»

Nun, da es zu einer immer stärkeren Machtkonzentration kommt, ist für Romero das kolumbianische System der Beweis dafür, dass das Land den Militarismus und die Kontrolle krimineller Strukturen über den Staat nicht überwunden hat. Er sieht in der Übergangsjustiz ein Schlupfloch mit enormem Risiko für Straffreiheit. Zudem beschreibt er die gegenwärtigen Überwachungspraktiken als freien Markt für den Nachrichtendienst: «Wir haben nicht nur eine, sondern mehrere Institutionen, die nachrichtendienstlich tätig sind. Sie sammeln und analysieren Daten, sie

spionieren Leute aus. Dann verkaufen sie die Informationen an den Meistbietenden oder kooperieren untereinander im Namen eines «legitimen» Ziels. Für Probleme dieses Ausmaßes passt meiner Meinung nach der Begriff «interner bewaffneter Konflikt» nicht mehr. Das geht weit darüber hinaus.»

Kann man Menschenrechte vom Computer aus verteidigen?

Die Verteidigung der Menschenrechte steht vor vielen Herausforderungen, die durch die Corona-Krise noch verschärft werden. Romero weiss in seinem normalen Arbeitsalltag die Begleitung von PBI sehr zu schätzen, weil er sich weniger einsam und auf sich alleine gestellt fühlt. Im Homeoffice fühlt er sich nun exponierter denn je: «Wenn man eingesperrt ist, passiert etwas Folgenschweres: Man ist immer am selben Ort.» Seit mehr als vier Monaten ist die kolumbianische Bevölkerung aufgrund der Ausgangssperre auf ihren Wohnraum beschränkt. Dies erleichtert die Beschaffung von Informationen über die Internet-NutzerInnen erheblich, denn seit über 120 Tagen arbeiten alle immer am selben Ort mit der stets gleichen IP-Adresse. Dazu kommen Online-Tools, deren Mängel bekannt sind.

Romero erscheinen die staatlichen Verfügungen wie «Bleib zu Hause» und «Es ist zu deinem Besten» paternalistisch und autoritär. Die Erfassung gesundheitsbezogener Daten, Homeoffice, die Formulierung von über hundert Dekreten, all das stärke lediglich die Kontrolle über die Gesellschaft. «Sie sagen uns, dass wir uns neu erfinden müssen. Aber ich glaube nicht, dass wir die Menschenrechte zu Hause vom Computer aus verteidigen können. Das existiert in der realen Welt nicht. Wir müssen für die Menschen eintreten, deren Rechte verletzt wurden, Punkt.»

Um auf die Titelfrage zurückzukommen: Sind Demokratie und Datenüberwachung zu Corona-Zeiten in Kolumbien noch vereinbar? Germán Romero ist nicht überzeugt. Für ihn bleibt der kolumbianische Staat eine Demokratie in der Krise, solange er seinen internationalen Verpflichtungen zur Untersuchung und Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen, die im Land stattfinden, nicht nachkommt.

Sophie Helle war 2018-2019 PBI-Freiwillige in Kolumbien. Der Originaltext in Französisch wurde am 20. Juli 2020 auf der Online-Plattform Jet d'Encre veröffentlicht: www.jetdencre.ch/quand-la-crise-sanitaire-revele-des-democraties-en-crise-focus-sur-la-colombie.

Kann sie zurückgezogen werden?

Ende Juni endete die Vernehmlassung zur sogenannten Korrekturinitiative, die vor einem Jahr von einer breiten Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer mit über 134'000 Unterschriften eingereicht worden war. Sie brachte ein eindeutiges Ergebnis: Bevorzugt wird von den meisten Parteien und Gruppen die zweite vom Bundesrat vorgeschlagene Variante, bei der die Initianten ihr Volksbegehren zurückzuziehen bereit wären.

/ Peter Weishaupt /

Kommt es im vor einem Jahr neu gewählten Parlament zu einem Gegenvorschlag zur Korrekturinitiative, die diese überflüssig machen würde? Zur Erinnerung: Die Initiative richtete sich gegen eine Lockerung der Ausfuhrkriterien in Bürgerkriegsländer, welche die Waffenexportindustrie dank intensivem Lobbying 2014 durchsetzen konnte. Der Bundesrat hatte die Initiative nicht pauschal abgelehnt, sondern in einer Vernehmlassung einen indirekten Gegenvorschlag in zwei Varianten zur Diskussion gestellt.

Die Auswertung der Vernehmlassung ergibt nun ein klares Bild, indem die meisten Parteien und Organisationen die etwas schärfere zweite Variante des Bundesrates unterstützen, die die Waffenexporte in Länder verbieten will, wenn diese die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Das würde auch dann gelten, wenn «ein geringes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial zur Begehung von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird». Genau diesen schwammigen Passus enthält die vorgeschlagene erste Variante, die es zudem dem Bundesrat ebenso schwammig ermöglichen soll, «zur Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen von den Bewilligungskriterien abzuweichen».

Kritik am Kotau des Bundesrates

Die SVP ist nicht nur konsequent gegen die Korrekturinitiative, sondern verwirft auch beide Gegenvorschlagsvarianten, die FDP ist ebenfalls gegen die Initiative und könnte sich höchstens mit der ersten Gegen-Variante anfreunden.

Von den Kantonen sprechen sich elf für die erste und sieben für die zweite Variante aus, drei sind zwar für einen Gegenvorschlag, legen sich inhaltlich aber nicht fest. Nicht überraschend lehnen die Innerschweizer Kantone Nidwalden, Obwalden und Schwyz sowohl Initiative als auch beide Gegenvorschlagsvarianten ab, Zürich und Appenzell Innerrhoden haben es unterlassen, überhaupt zu antworten. Der Kanton Bern kritisiert in seiner Stellungnahme deutlich, dass sie dem Bundesrat nicht über den Weg traut, er habe in der Abstimmungskampagne von 2009 zur (damals klar abgelehnten) Kriegsmaterialinitiative versprochen, die Ausfuhrkriterien nicht zu lockern, sei aber nur wenige Jahre später auf Druck der Rüstungsindustrie eingeknickt.

Im Gesetz statt in der Verordnung

Die Korrekturinitiative verlangt demgegenüber, dass keine Schweizer Waffen in Länder ausgeführt werden dürfen, die die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, bei denen ein

hohes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird, die in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind oder bei denen ein hohes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.

Der wichtigste Unterschied zur jetzigen Ausfuhrpraxis für Kriegsmaterialexporte besteht darin, dass der Bundesrat nicht mehr eigenmächtig die Ausfuhrkriterien über eine einfache Verordnung ändern könnte, sondern es dazu eine Gesetzesänderung bräuchte, die sowohl vom Parlament genehmigt wie allenfalls durch ein Referendum infrage gestellt werden könnte. In Variante 2 des Gegenvorschlags schlägt der Bundesrat vor, den heutigen Art. 5 Abs. 1, 2 und 3 der Kriegsmaterialverordnung in gleichem Wortlaut ins Kriegsmaterialgesetz zu überführen. Dabei wird auf die Übernahme des umstrittenen Absatzes 4 verzichtet und damit die Lockerung von 2014 rückgängig gemacht. Damit würden die zentralen Anliegen der Korrekturinitiative erfüllt, auch wenn Waffenersatzteile weiterhin auch in problematische Länder geliefert werden dürfen.

CVP als Zünglein an der Waage

Bemerkenswert ist hier die Haltung der CVP, die noch 2014 dank fast der Hälfte ihrer NationalrätInnen der Lockerung der Ausfuhrkriterien zum Durchbruch verholfen hatte. Ihr jetziges Einstehen für die zweite Variante könnte deshalb den Parlamentsentscheid von 2014 «korrigieren» helfen, was es dem Initiativkomitee erlauben würde, das Volksbegehren zurückzuziehen. Das wäre die vernünftigste Entwicklung, denn mit der Initiative würde im Wesentlichen nur der Status quo vor 2014 wiederhergestellt, ohne diesen zu verändern.

Der Bundesrat wird nun die Vernehmlassung analysieren und dann mit einer Botschaft ans Parlament gelangen. Wird die Variante 2 von den Räten verabschiedet und die Initiative tatsächlich zurückgezogen, kommt es zu keinem Urnengang, es sei denn, die Rüstungsindustrie bzw. ihre Unterstützer würden danach ein Referendum ergreifen...

Erstes Halbjahr 2020:

Waffenausfuhren explodieren

Im ersten Halbjahr 2020 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Umfang von 501 Millionen Franken in 55 Länder – was fast einer Verdoppelung gegenüber dem entsprechenden Vorjahr entspricht (273 Mio.). Dabei erhalten nach wie vor Länder, die in den Jemen-Krieg involviert sind – etwa Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate –, Rüstungsgüter aus der Schweiz (insgesamt für über 5 Mio. Franken). Die meisten Ausfuhren gingen jedoch nach Indonesien (110 Mio. für Flugzeugabwehrsysteme) sowie nach Botswana (64 Mio.), Dänemark (80 Mio.) und Rumänien (58 Mio.), bei denen es sich um Panzerwagen-Grossaufträge der Firma Mowag in Kreuzlingen TG handelt, die dafür extra eine neue Fabrik bauen liess (siehe «Pflugscharen zu Panzern in Tägerwilen» in **FRIEDENSZEITUNG** 25-18).

Ruedi Brassel, Ruedi Epple, Peter Weishaupt

Haus Gartenhof in Zürich

RAUM FÜR VERNETZTE FRIEDENSARBEIT

HERAUSGEGEBEN VOM SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRAT,
MIT EINER EINLEITUNG VON INA BOESCH

November 2019

Gebunden. ca. 240 Seiten,
ca. 40 Abbildungen s/w.
ca. CHF 38 / ca. EUR 38
ISBN 978-3-0340-1552-3

neu

Ruedi Brassel, Ruedi Epple, Peter Weishaupt

Haus Gartenhof in Zürich

Raum für vernetzte Friedensarbeit



1938: Ganz Zürich bleibt nachts verdunkelt, um Fliegerbomben kein Ziel zu liefern. Eine Luftschutzübung des Militärs bereitet auf den Krieg in Europa vor. Nur ein Haus im Arbeiterquartier Zürichs sticht aus der Dunkelheit heraus. Die Liegenschaft des religiös-sozialen Theologen Leonhard Ragaz und seiner Frau Clara bleibt hell beleuchtet – aus Protest gegen die passive Einstimmung auf den Krieg. Der Zürcher Gartenhof bildete von den Zwischenkriegs- bis in die Nachkriegsjahre das Zentrum schweizerischer Friedensaktivitäten.

Das Haus an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich-Aussersihl war ein Knotenpunkt in einem dichten Netzwerk sozialer Bewegungen mit lokaler, regionaler und internationaler Ausstrahlung. Der Gartenhof war einerseits Teil der internationalen Settlementbewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Schweiz erreichte.

Durch Sozial-, Bildungs- und Nachbarschaftsarbeit sollte die Lage der arbeitenden Bevölkerung verbessert werden. Andererseits entwickelte sich der Gartenhof nach dem Ersten Weltkrieg zu einem radikalpazifistischen Zentrum. Prägend wirkte Clara Ragaz-Nadig, die im Frühjahr 1919 zusammen mit der späteren amerikanischen Nobelpreisträgerin Jane Addams eine grosse Frauenfriedenskonferenz auf neutralem Boden in Zürich organisierte. Schliesslich dokumentieren die Autoren die Fluchthilfe der Auskunftsstelle für Flüchtlinge in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkriegs, die ebenfalls vom Gartenhof aus tätig war.

Ruedi Brassel

Historiker. Leiter Sekretariat
SP Baselland.

Ruedi Epple

Historiker. Bis 2017 Lektor am
Studienbereich Soziologie, Sozial-
politik und Sozialarbeit an der
Universität Freiburg i. Ü.

Peter Weishaupt

Journalist. Langjähriger Geschäfts-
leiter des Schweizerischen
Friedensrates und verantwortlicher
Redaktor der «Friedenszeitung».

BESTELLSCHEIN

CHRONOS

___ Ex. Brassel/Epple/Weishaupt: **Haus Gartenhof in Zürich** zu CHF 38 / EUR 38 je Ex.
Lieferungen ab CHF 48 sind in der Schweiz versandkostenfrei.

☐ Ich abonniere den monatlichen Newsletter des Chronos Verlags.

E-Mail:

.....
Vorname/Name

.....
Adresse

.....
PLZ/Ort

.....
Datum/Unterschrift

Einsenden an Ihre Buchhandlung oder an den Chronos Verlag

Chronos Verlag

Eisengasse 9
CH-8008 Zürich
Tel. +41(0)44 265 43 43
Fax +41(0)44 265 43 44
info@chronos-verlag.ch
www.chronos-verlag.ch



SAVE THE DATE: Jubiläumstagung am 3. November 2020

An der Jahrestagung am 3. November 2020 feiert die EKM ihr 50-jähriges Jubiläum unter dem Motto «Auf dem Weg zu einem neuen Wir» im Casino Bern. Die Veranstaltung beginnt um 14 Uhr und endet mit einer feierlichen Abendveranstaltung ab 18.30 Uhr. Programm und Anmeldemöglichkeiten finden Sie ab dem 20. August auf der Webseite der EKM aufgeschaltet.

Edgenössische Migrationskommission EKM
Commission fédérale des migrations CFM
Commissione federale della migrazione CFM
Federal Commission on Migration FCM



Kundgebung zum UNO-Weltfriedenstag Samstag, 19. September 2020

Gemeinsam gegen Armut –
für Solidarität und Gerechtigkeit.
**Schuldenerlass für die
ärmsten Staaten.**

14.15 Uhr **Besammlung beim Bahnhofplatz St. Gallen**
Musik: Café Deseado
Demonstrationszug zum Grüningerplatz

15.00 Uhr **Kundgebung auf dem Grüningerplatz**
«Ein vertrauter Fremder», Interkulturelles Theater Thespi
Rede von Paul Rechsteiner, Ständerat, SP
Kurzrede von Dr. Chika Uzo zu Rassismus
Rede von Miriam Rizvi, Klimagerechtigkeitsaktivistin, JUSO, Schülerin
Musik: Café Deseado mit Martin Amstutz, Bandoneón,
und Stefan Geschwend, Gitarre; Simon Hotz, Keyboard und Lieder.

Masken tragen und Abstand halten

- Wir fordern von Bundesrat, Parlament und Bevölkerung:
- Statt Milliarden für Kampffjets – Geld für internationale Friedensförderung!
 - Keine nationalstische Abschottung am 27. September: Nein zur SVP-Initiative!
 - Keine Wirtschaftspolitik auf Kosten der sozialen Netze und der Lebensgrundlagen!
 - Sofortige Reduktion der Treibhausgas-Emissionen gemäss dem Pariser-Klimaabkommen!
 - Die Schweiz soll endlich 0.7% des Bruttoinlandsprodukts zur Bekämpfung der weltweiten Armut aufbringen!
 - Der Bundesrat soll den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag endlich vollziehen!
 - Aktive Beteiligung der Schweiz an der Evakuierung der Flüchtlingslager in der Ägäis und in Libyen! Wir wollen Flüchtlinge nicht verfolgen, schikanieren und ertrinken lassen.

FÜR
DEN



DUNANT MI



16
TAGE
GEGEN
GEWALT
AN FRAUEN

Voranzeige zur Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen vom 25. November bis 10. Dezember 2020

Die «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» thematisieren dieses Jahr Mutterschaft und Gewalt. Mütter sind vielfältig – sie können Beeinträchtigungen, eine chronische Krankheit, einen Migrationshintergrund oder eine Fluchtgeschichte haben oder queer/frauen*liebend/lesbisch sein. Die Aktionstage rücken ins Bewusstsein, dass Mutterschaft vielfältig ist und nicht jede Frau eine Mutter sein kann oder möchte.

Warrior Women statt Pocahontas

Indigene Frauen und Mütter im Widerstand heute: Vitrinenschau vor dem Lesesaal des Schweizerischen Sozialarchivs an der Stadelhoferstrasse 12 in Zürich vom 25. November bis 10. Dezember 2020, Montag bis Freitag 8.00–19.30 Uhr, Samstag 9.00–16.00 Uhr.

Femizid an indigenen Frauen – traurige Realität auch in Kanada: In den vergangenen 35 Jahren sind ca. 4000 indigene Frauen und Mädchen vermisst oder ermordet worden. Kleine Ausstel-

lung von Incomindios, WILPF Schweiz und dem Schweizerischen Friedensrat während der Aktionstage.

26. November 2020: Ausstellung, Vortrag und Diskussion mit Monika Seiller, Frauenrechtsaktivistin, München (wegen Corona kann keine indigene Frau aus Kanada einreisen).

Donnerstag, 26. November 2020, 19–21 Uhr, Feministisches Streikhaus, Sihlquai 115, Gemeinschaftsraum, Zürich

10. Dezember 2020 in Zürich Leiden und Hoffnungen

Wir erfahren von den Realitäten der Frauen in den Asylzentren, von Alleinstehenden und von Müttern, hören von ihren Hoffnungen, Herausforderungen und von den Gewaltformen, die sie erleben müssen. Gespräch mit Saule Yerkebayeva, Vorstandsmitglied des Solinetz Zürich.

Donnerstag, 10. Dezember 2020, 19.00–21.00 Uhr, Gartenhofstrasse 7, Zürich (Saal des Friedensrates).

Auf der Website www.16tage.ch/de ist das ausführliche Veranstaltungsprogramm für die ganze Schweiz aufgeschaltet.

FRIEDEN

Programm
2020/21

Worte der Museumsleitung

Frieden kann man nicht kaufen.

Viele, die sich für Frieden engagieren, zahlen jedoch einen hohen Preis und nur wenige werden für ihre Friedensarbeit mit einem Preis ausgezeichnet. Das Programm 2020/21 orientiert sich an der aktuellen Kabinettsausstellung «Der Preis für den Frieden». Mit Performances und Konzerten, Referaten und neuen Installationen lädt das Museum dazu ein, Themen rund um den Friedensnobelpreis zu vertiefen. Auch Gesundheit lässt sich nicht kaufen. Allen, die sich ganz in der Tradition Henry Dunants während der Pandemie für das Gemeinwohl engagieren, gebührt eine Auszeichnung. Auch für die Läden wir am 9. August mit der Peace Bell aus Nagasaki das Programm zuversichtlich ein.

Eingeläutet wird auch ein weiteres Projekt. Wir sind neben Geschäftsführung und Kuratorin damit beauftragt, das Museum neu zu positionieren. Es gilt, die progressiven Visionen Dunants im Heute zu verorten und in die Zukunft zu denken. Die Gedenkstätte des IKRK-Initiators soll zu einem «lokalen» Forum lebendiger Auseinandersetzungen mit nachhaltigem Engagement für Humanität, Menschenrechte und Demokratie werden. Heiden ist dafür prädestiniert, bietet der Ort auf 800 m ü. M. doch freie Sicht auf den Bodensee und über Landesgrenzen hinweg. Dunants Bonmot «Ideen haben die seltsame Neigung, Wirklichkeit zu werden» ist uns Maxime. Ein aktiver Vorstand und ein feines Team unterstützen uns dabei. Wir freuen uns, wenn auch Sie zur Verwirklichung dieser Idee beitragen.

Kaba Rössler &
Nadine Schneider

Dank

SRK Kantonalverband beider Appenzell; Kulturförderung Kanton Appenzell Aargau; Gemeinde Heiden; Metrohlm Stiftung; Herisau; Ernst Götzner Stiftung; Zug; Lienhard-Stiftung; Degenheim; Schwarzdorf Stiftung; Vaduz; Arnold Billwiler Stiftung; St. Gallen

Impressum

Bildernachweise: © Peace Bell und Gedenkfeier: Dunant-Museum; Roman Signer; Videostill: Jiri Makowec; Peter Schärli, Sandy Patton, Antonia Giordano, Thomas Düst, Foto: Verena Sala; Swiss Armed Forces International Command, SWISSINT; Brigitte Schär; Kurzfilmfestival look & roll, Filmstil: The Globe Collector Gestaltung: Büro Sequenz, St. Gallen, Druckerei Lutz, Speicher



[1]

9. August
2020

So
10.45

«Peace Bell» [1] Gedenkfeier

Die prachtvolle Kopie der Peace Bell aus Nagasaki trifft 2010 in Heiden ein. Zum 10. Mal wird 2020 mit dem Läuten der Friedensglocke dem Atomwaffenabwurf auf Nagasaki vom 9. August 1945 gedacht. Eine würdige Feier mit einem prominenten Gastredner und Musik.



[2]

20. September
2020

So
13.30

«Alfred Nobel, Mann der Widersprüche»

Der Historiker Martin Widmer erzählt in Wort und Bild von seiner Reise auf den Spuren Alfred Nobels – von Zürich über Isleten bis nach Sanremo.

Zudem ist ab dem 20. September in der Kabinettsausstellung die filmische Aufzeichnung von Roman Signers Rede zum Dynamit-Erfinder Alfred Nobel mit anschließender Kunst-Aktion [2] vom 8. Dezember 2019 im Dunant-Museum zu sehen.

AGENDA

Jeden ersten Sonntag im Monat findet um 11 Uhr eine öffentliche Führung durch die Dauer- und/oder Kabinettsausstellung statt. Die Führung ist kostenlos, es gilt der reguläre Museumseintritt.



[3]

2. Oktober
2020

Fr
20.15

Konzert im Tanzsaal, Kursaal Heiden «Waiting for Peace» [3]

Das Konzert trägt den Titel einer Komposition von Peter Schärli. Der Trompeter von Weltruf und seine 1992 ins Leben gerufene Band «Don't Change Your Hair For Me» wendet sich nicht nur an eingefleischte Jazzfans, sondern an alle, die sich ein Ohr für die Feinheiten der leisen Musik bewahrt haben. Reservation empfohlen: info@dunant-museum.ch



[4]

30. Oktober
2020

Fr
18.30

Gedenkfeier [4] zum 110. Todestag von Henry Dunant mit Jakob Kellenberger

Nach dem gemeinsamen Läuten der Friedensglocke vor dem Henry-Dunant-Museum zieht ein Fackelzug zum Dunant-Platz, wo der ehemalige Präsident des IKRK, Jakob Kellenberger die Ansprache hält. Im Anschluss serviert das Österreichische Rote Kreuz Hard Suppe und Brot. Die Feier wird musikalisch umrahmt von der Stregreifgruppe Oberegg.



[5]

11. November
2020

Mi
18.15

Information und Diskussion Militärische Friedensförderung [5]

Friedensförderung im internationalen Rahmen ist einer der drei Aufträge der Schweizer Armee. Aktuell leisten rund 250 Frauen und Männer im Rang von der Soldatin bis zum Divisionär in 18 Ländern einen Beitrag zum Frieden. Das Kompetenzzentrum SWISSINT stellt die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten in der militärischen Friedensförderung vor.

24. Februar
2021

Mi
18.15

Junge Peacemaker zu Gast im Museum

Peacemaker sind speziell ausgebildete Schüler*innen, die bei Streitigkeiten versuchen, Frieden zu stiften. In Heiden gehören sie schon lange zum Schullalltag. Wie funktioniert das Projekt und weshalb bewährt es sich? Peacemaker und Lehrer Karl Hochreutener vom Schulhaus Wies berichten von ihren Erfahrungen.



[6]

Die nächste Ausgabe erscheint Mitte Dezember 2020

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Einladung zur Jahresversammlung 2020

am Freitag, 18. September 2020

SFR, Gartenhofstrasse 7, Zürich

16.15 – 18.00 Uhr: Statutarische Versammlung

18.30 – 20.00 Uhr:

Die Schweizer Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat 2023/2024

Markus Heiniger über Hintergrund und friedenspolitische
Bedeutung der Kandidatur

Zur statutarischen Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates sind nicht nur die SFR-Mitglieder und AbonnentInnen der **FRIEDENSZEITUNG** herzlich eingeladen, auch Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen.

- 1 Begrüssung / Entschuldigungen
- 2 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2019 in Zürich
- 3 Jahresbericht 2019 des Präsidenten Ruedi Tobler
- 4 Jahresrechnung 2019, Revisorenbericht, Finanzausblick
- 5 Wahlen (Präsident/in, Vorstandsmitglieder, Revisoren)
- 6 Ausblick auf die Arbeit des Jubiläumsjahres – 75 Jahre SFR
- 7 Anträge und Anliegen der Mitglieder, Informationen, aktuelle Stellungnahmen



DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch